

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 8,50 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Verord-  
 nungen und Bekanntmachungen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Wittwoch, den 1. August 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Quittung.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende  
 Parteibeiträge ein:

Altona, durch den Vertrauensmann 2000.—, Augsburg, U. d.  
 G. II. in St. 20.—, Altenburg, S. A., von den Parteigenossen 150.—, Altona, gesammelt auf der Hochzeit Kaufmann,  
 Hamburg 2,40, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 100.—  
 (darunter von den Stodarbeitern der Firma Wendi 4.—),  
 2. Kreis 75.—, 3. Kreis 500.— (darunter alt durch F. W. 8.—),  
 4. Kreis Südost 1000.— (darunter Statthalb Resolution 10.—,  
 amerikanische Auktion in Ziegenhals 9,50), 4. Kreis Ost 2000.—,  
 5. Kreis 500.—, 6. Kreis Wedding und Oranienb. Vorstadt 445.—,  
 (darunter alt vom Töpfer Ad. 4.—, amerit. Aukt. in Lehmitz 2,50),  
 6. Kreis Moabit 120,41, 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 450.— (darunter  
 Hartung, Prenglauner Allee, Vierprozent 10.—), 6. Kreis Rosen-  
 thaler Vorstadt und Gieselerbrunnen 350.— (darunter Raffadenpuyer  
 Kolonie Simil d. Gustav 4.—) Berlin, diverse Beiträge: Dr. L. A. 50.—,  
 Ueberschlag der Sechserliste der Buchdruckerei Bah u. Garleb durch  
 Ebel 9,60, M. B. 75.—, J. B. 25.—, von den Formern der  
 Firma Hugo Hartung Moabit 12.—, Ein deutscher Matrose 20.—,  
 Gefangenenverein „Lieberfreiheit“, verleiht Musik auf der Dampf-  
 partie 45.—, A. Du., Voedtsstraße 51 3.—, Roter Bund  
 von C. R. u. Co., Alexandrinenstraße 27 25.—, Ueber-  
 schlag von der Landpartie, P. Müller, Ritterstr. 26 3,75, Rote  
 Wachbinder, Grünstraße 5.—, E. Gasmeyer 10.—, Opferwillig  
 10.—, P. S. 50.—, A. B. 50.—, Van-Wilhelmshaven 121.—,  
 Bern 50.—, Bad Neichenhall, Parteibeitrag 2. Quart. 3,60, Bunge-  
 lau, d. d. Vertrauensmann 50.—, Bramsche, 4. hannov. Wahlkreis  
 Osnabrück 25.—, Breslau, vom socialdemokratischen Verein 50.—,  
 Grimnitzschau, 18. sächs. Wahlkreis 100.— (darunter März: O. S. d.  
 Br. G. 1.—; April: C. D. 2.—; Mai: Br. 1.—, C. D. A. 1,50,  
 J. Sch. 1.—), Coburg, durch den Vertrauensmann 25.—, Dort-  
 mund, durch den Kreisvertrauensmann 100.—, Dresden: „Es ist  
 erreicht“ 3000.—, Ebing, Geburtstagsfeier eines Knappen  
 vom weitergeschwängerten Kaiserstuhl II 2.—, Essenberg am  
 Rhein, prozentuale Abgabe der Käfer der Filiale Duis-  
 burg a. Rh., die am 1. Mai nicht gefeiert haben 17,80, Erfurt,  
 Wahlkr. Erf.-Schl.-Biegen. 50.—, Fallenberg (Oberh.) 2.—,  
 Friaulenhäuser a. R. 25.—, Finsterwalde, durch B. 16.—, Frei-  
 burg i. Schl., am Wertisch gesammelt durch F. S. 1,10, Greiz,  
 Wahlkreis Neuh. j. L. 100.—, Gera (Neuh.) 50.—, Großenhain,  
 7. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 100.—, Haspel bei Bremen,  
 von Parteigenossen 10.—, Hedderheim, 1. wostlicher Wahlkreis  
 durch A. 50.—, Hanau, Wahlkreis 100.—, Herford i. Westf. Wahlkr.  
 100.—, Hannover 1000.—, Magdeburg, v. d. Parteigenossen 600.—,  
 Nordhausen, v. Parteigenossen 10.—, Niederröhlich, 19. sächs. Wahl-  
 kreis 50.—, Ottenen, 6. schleswig-holst. Reichstagswahlkreis 500.—,  
 Ronsdorf 50.—, Rordorf, v. d. Töpfern Bau Thüringstraße, 5.—,  
 Solingen, durch E. F. 25.—, Stahlfurt, Wahlkreis Calbe-Aschers-  
 leben 100.—, Stuttgart, G. II. 10.—, Schweinfurt, Ueberschlag  
 vom Sängertag, 15.—, Sagan, gesammelt auf einer roten Hoch-  
 zeit 1,40, Schwarzenberg a. S., socialdemokratischer Verein 10.—,  
 Tschirgitz, Schiffer C. Saw. 3.—, „Vorwärts“ Ueberschlag vom  
 2. Quartal 19 235,50, Württemberg 50.—, Wandsbeck 500.—, Wald  
 bei Solingen, Parteibeitrag 20.—, Waldenburg i. Schl., rote Kind-  
 taufe bei W. J. 3,20.  
 Berlin, den 31. Juli 1900.

Für den Parteivorstand:  
 H. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

### Die Wohnungsnot.

III.

Aus dem Umstande, daß die Wohnfrage eine Lohnfrage  
 ist und daß sie sich engste mit der sozialen Frage zusammen-  
 hängt, ergibt sich die Notwendigkeit, die Lebenshaltung der  
 Arbeiter so zu verbessern, daß sie in den Stand gesetzt werden,  
 größere Summen für ihre Wohnungen anzulegen, denn sonst  
 würde auch nach Erfüllung aller Pläne, die zur Beseitigung  
 des Wohnungsleids aufgestellt sind, doch der größte Teil des  
 Volks gar nicht in der Lage sein, sich gute Wohnungen zu  
 verschaffen. Eine solche durchgreifende Hebung der Lage der  
 Arbeiter ist aber in der heutigen Gesellschaft unmöglich. Zu  
 der kapitalistischen Gesellschaft wird die Lösung der Wohnungs-  
 frage stets an der Spekulations- und Gewinnsucht der  
 Unternehmer scheitern, eine endgültige Lösung wird  
 nur von einer Aenderung der herrschenden  
 Produktionsweise, von der Verwirklichung  
 des socialdemokratischen Gedankens, erwartet  
 werden können. Was heute Staat und Gesellschaft zu thun  
 vermögen, kann nur Flickwerk sein, heute kann das Wohnungs-  
 elend nicht beseitigt, sondern nur bis zu einer gewissen Grenze  
 gemildert werden.

Aber auch eine Vinderung der Wohnungsnot ist so lange  
 nicht zu erwarten, wie die gesetzgeberischen Faktoren in ihrer  
 bisherigen Unthätigkeit verharren. Reich, Staat und Gemeinde  
 müssen sich endlich auf ihre Pflicht besinnen und auf dem  
 Wege der Gesetzgebung wenigstens die schlimmsten Mißstände  
 zu beseitigen suchen. Was sehen wir statt dessen in Deutsch-  
 land? Die Reichsregierung sucht diese sociale Aufgabe auf  
 die Landesregierungen und diese wieder auf die Gemeinde-  
 behörden abzuwälzen. In den Gemeindevertretungen führen  
 aber diejenigen das große Wort, die ein lebhaftes Interesse  
 an der Verheilung des heutigen Zustands haben, und die  
 Folge davon ist, daß von keiner Seite ernsthafte Reformen in  
 Angriff genommen werden.

Außerdeutsche Staaten haben auf dem Gebiete der  
 Wohnungsfrage weit mehr geleistet. In Frankreich be-  
 steht seit dem Jahre 1894 das Gesetz betreffend die Be-  
 schaffung billiger Wohnungen, das die Förderung und Er-

leichterung des Baues billiger und gesunder Wohnungen durch  
 einzelne oder Gesellschaften bezweckt, die Wohnungen an von  
 ihrem Lohn oder Gehalt lebende Arbeiter und Angestellte zu  
 vermieten gedenken. In Belgien sind besondere Behörden  
 mit dem Rechte der juristischen Persönlichkeit eingesetzt, die  
 ihre Thätigkeit dem Betrieb und der Einrichtung von Arbeiter-  
 wohnungen zu widmen haben, ebenso in Luxemburg,  
 wo außerdem noch den Erbauern von Arbeiterwohnungen ge-  
 wisse Steuererleichterungen gewährt werden. In England  
 ist schon seit mehr als 50 Jahren den Bezirksamtern  
 die Wohnungsaufsicht unterstellt und wiederholt sind Gesetze  
 zur Abhilfe der Wohnungsnot erlassen worden. In Deutsch-  
 land hingegen ist in Hinsicht der Wohnungsfrage so gut wie  
 nichts geschehen.

Vor allem sollte endlich mit dem Erlaß eines Reichs-  
 Wohnungsgesetzes vorgegangen werden, eine Forde-  
 rung, die namentlich Herr v. Miquel, als er noch Ober-  
 bürgermeister von Frankfurt a. M. und simpler Reichstags-  
 abgeordneter war, wiederholt gestellt und 1888 im Reichstag  
 mit warmen und beredten Worten bekräftigt hat, die aber  
 bisher bei den maßgebenden Stellen auf lebhaften Wider-  
 spruch gestoßen ist. So hat z. B. Herr v. Bötticher in  
 seiner Eigenschaft als Staatssekretär im Reichsamt des Innern  
 dem Verband der evangelischen Arbeitervereine von Rhein-  
 land und Westfalen auf eine bezügliche Petition  
 erwidert, daß er zwar die sociale Bedeutung der  
 Wohnungsfrage anerkenne, aber doch Bedenken trage, von  
 Reichswegen eine durchgreifende Enquete über die Beschaffen-  
 heit der Arbeiterwohnungen in den einzelnen Bundesstaaten  
 anzuregen. Und im Reichstage erklärte er, er halte es bei  
 der Verschiedenartigkeit der zu berücksichtigenden Verhältnisse  
 kaum für möglich, in der Wohnungsfrage zur Aufstellung  
 übereinstimmender, für das ganze Reich geltenden Grundzüge  
 zu gelangen. Eine ganz ähnliche Haltung beobachtete in der  
 Reichstags-Sitzung vom 14. November vorigen Jahres der Ver-  
 treter des Nachfolgers des Herrn v. Bötticher, indem er darauf  
 hinwies, daß die Wohnungspolitik eng mit der Baupolitik zu-  
 sammenhänge, daß diese aber Landesache sei.

Erfreulicherweise hat der Reichstag wenigstens den ersten  
 Schritt zur reichsgesetzlichen Regelung gethan, indem er in der  
 letzten Session auf Antrag Schrader an den Reichskanzler das  
 Ersuchen richtete, eine Kommission zu berufen, an welcher  
 auch Mitglieder des Reichstags beteiligt sind, mit der Auf-  
 gabe, durch Untersuchung der bestehenden Wohnungs-  
 verhältnisse und der auf dieselben bezüglichen Gesetzes- und  
 Verwaltungsbestimmungen festzustellen, ob und in welcher  
 Weise ein Eingreifen des Reichs zur Beseitigung der  
 Wohnungsnot angezeigt ist. Daß der Reichskanzler dem Be-  
 schluß des Reichstags Folge leisten wird, daran wagen wir  
 allerdings nach der bisherigen Haltung der Regierung nicht  
 zu glauben.

Ein Reichs-Wohnungsgesetz soll sich nach den Vorschlägen  
 des Vereins „Reichs-Wohnungsgesetz“, der sich dieser Frage  
 angenommen hat und dessen Vorstand auch der socialdemo-  
 kratische Abgeordnete Schmidt-Frankfurt angehört, vor allem auf  
 die Einführung einer allgemeinen, die kleineren Wohnungen  
 in Stadt und Land umfassenden Wohnungsinpektion  
 und Statistik erstrecken. Weiter verlangt der Verein eine  
 Reform des Enteignungsrechts, Schaffung eines be-  
 sonderen Pachtrechts für Bauhand, Rötigung der Gemeinden  
 und des Fiskus, in Orten mit schneller Bevölkerungszunahme  
 ihren Grundbesitz zu erhalten, zu vermehren und der Be-  
 kämpfung der Wohnungsmißstände dienlich zu machen, eine  
 allgemeine Revision der Bauordnungen und Bebauungspläne,  
 Heranziehung des öffentlichen Kredits zur Erbauung  
 kleinerer Wohnungen, Begünstigung zur Entwicklung des Bau-  
 genossenschafts- und Baugesellschaftswesens, Reform des Miet-  
 rechts, des Mietprozesses und der Zwangsvoll-  
 streckung, mögliche Entwicklung und Verbilligung des  
 Lokal- und Vorortverkehrs und die möglichst weit-  
 gehende Uebernahme desselben in den eigenen Betrieb der  
 Gemeinden, der Kreise, Provinzen und des Staates — Vor-  
 schläge, mit denen wir uns im großen ganzen einverstanden  
 erklären, an deren Verwirklichung wir aber nach den bis-  
 herigen Erfahrungen begründete Zweifel hegen.

Am dringendsten bedarf das Enteignungsrecht  
 einer baldigen Reform. Das erkennt selbst die preussische  
 Regierung an, die in den Etat 1898 einen Dispositionsfonds  
 für den Erwerb von Grund und Boden für Eisenbahnzwecke  
 eingestellt und diese Forderung folgergebenermaßen begründet hat:  
 „Die Notwendigkeit eines solchen Fonds ergibt sich vor allem  
 aus den Schwächen unsres Expropriations-  
 gesetzes, zu dessen Revision wir hoffentlich bald kommen  
 werden. Aber so lange wir dies nicht haben, ist es  
 doppelt nötig, einen solchen Fonds zu besorgen, um dem  
 positiven In-die-Höhe-treiben bei Gelegenheit von bevor-  
 stehenden Eisenbahnbauten entgegenzutreten und thymisch  
 derartige Grundstücke unter der Hand zu erwerben.“ Im  
 bayerischen Landtage hat unser verstorbenen Genosse Derfel  
 die Notwendigkeit der Ausdehnung des Zwangs-Enteignungs-  
 rechts mit durchschlagenden Gründen belegt und darauf hin-  
 gewiesen, daß es außer Bayern keinen andern deutschen  
 Staat giebt, in welchem die Gemeinden nicht das Recht haben,  
 zur Herstellung, Veränderung usw. öffentlicher Plätze nötigen-  
 falls das Mittel der Enteignung in Anwendung zu bringen.

In der That spielt bei den Versuchen, die Wohnungs-  
 frage zu lösen, das Enteignungsrecht eine außerordentlich

wichtige Rolle, seine Reform ist in erster Linie von den Land-  
 tagen der Einzelstaaten anzubahnen.

Auch eine Aenderung der Bebauungspläne  
 könnte von wohlthuendem Einfluß auf die Wohnungsverhält-  
 nisse sein. Einen solchen Versuch enthielt die lex Adides,  
 die in der Session 1892/93 im preussischen Landtage beraten,  
 aber nicht verabschiedet wurde. Es sollte nach dieser Vorlage  
 eine sachgemäße Neueinteilung des Baugeländes stattfinden,  
 wenn entweder die Mehrheit der Eigentümer oder die  
 Gemeindevertretung es verlangte. Letztere sollte außerdem  
 das Recht erhalten, vorhandenes Baugelände je nach dem  
 steigenden Bedürfnis zonenweise durch Zwangsentziehung in  
 die eigene Hand zu bringen und dadurch für die Bebauung  
 zu erschließen.

Ebenso wie die lex Adides scheiterte in Preußen der in  
 den beiden letzten Sessionen von dem Abg. Weihe ein-  
 gebrachte Gesetzentwurf, welcher das Rentenguts-gesetz  
 auch für die Errichtung von kleinen Wohnungen  
 mit Gärten nutzbar machen wollte. Bei dieser Gelegen-  
 heit war es, wo Herr v. Miquel bekannte, daß er von seiner  
 Schwärmerie für ein Reichs-Wohnungsgesetz abgekommen sei  
 und auch von einer landesgesetzlichen Regelung der Wohnungs-  
 frage nichts halte, vielmehr den Gemeinden und den Polizei-  
 behörden den Rat gab, durch Gesetze und Verordnungen der  
 Wohnungsnot zu steuern.

Daß man in dieser Frage mit Polizeiverordnungen nicht  
 viel ausrichten kann, liegt auf der Hand, zumal da die Be-  
 fugnisse der Baupolizei sich vielfach nur auf das Verbot be-  
 schränken, neu gebaute Häuser zu Wohnungen zu benutzen,  
 bevor sie genügend ausgetrocknet sind. Eine weiter-  
 gehende Befugnis besitzen die Behörden nur in wenigen  
 Staaten, so in Hessen, wo seit dem 1. Oktober 1893 ein  
 Wohnungsgesetz in Kraft ist, das besondere Wohnungs-  
 inspektoren vorsieht, die die Mietwohnungen und Schlaf-  
 stellen darauf hin zu untersuchen haben, ob aus der Ver-  
 muthung Nachteile für die Gesundheit oder Sittlichkeit zu be-  
 sorgern sind, und die auch das Recht haben, ein Mindestmaß  
 von Luftraum für jede Person vorgeschrieben. Baden hat  
 1894 infolge der Berichte der Fabrikinspektoren eine  
 Wohnungsenquete veranlaßt, die sich besonders auf  
 die beiden Fragen erstreckt, ob in einzelnen Gemeinden die  
 Wohnungen mangelhaft oder gesundheitschädlich sind und  
 ob im Laufe der letzten fünf Jahre Abhilfe zu schaffen ver-  
 sucht ist.

Im übrigen bezieht sich die Fürsorge der Einzelstaaten,  
 abgesehen von vereinzelten Vorschriften über das Schlafstellen-  
 wesen, auf den Bau von Wohnungen für Staats-  
 arbeiter und gering bezahlte Beamte. Preußen hat für diese Zwecke dreimal je 5 Millionen,  
 Sachsen zweimal je 1 1/2 Millionen, das Reich für die  
 Baukosten der Reichs-Eisenbahnen etwa 1/3 Million bewilligt.  
 Außerdem sind Arbeiterwohnungen bei den Marineverfkäften  
 in Kiel und Wilhelmshaven und für die Bergarbeiter in der  
 Rheinprovinz errichtet.

So bestehend der Bau von Arbeiterwohnungen durch die  
 Arbeitgeber, seien es nun Reich, Staat, Gemeinde oder  
 Private, auf den ersten Blick auch sein mag, so gefährlich sind  
 derartige Maßnahmen unter Umständen für die Arbeiter,  
 die dadurch dem Unternehmer gegenüber an Händen und  
 Füßen gebunden sind. Hat doch bei dem großen Streik im  
 Jahre 1893 die preussische Bergwerks-Verwaltung kraft ihres  
 Kontraktis die streikenden Arbeiter mitten im Winter einfach  
 auf die Straße gesetzt! Der Arbeiter wird dadurch gehindert,  
 sich dort Arbeit zu suchen, wo er will, er wird zum Sklaven  
 des Unternehmers. Man glaube auch nicht, daß dadurch dem  
 Arbeiter eine Wohlthat erwiesen wird; denn die Kapitalisten  
 verstehen es, aus solchen Wohnungen Vorteile für sich heraus-  
 zuziehen. Nach dem Bericht des Gewerbe-Inspektors in Düren  
 für 1892 hat eine große Weberei durch die Errichtung von  
 Fabrikwohnungen in einem Jahre die hübsche Summe von  
 11745 M. profitiert. Mit der Errichtung eigener Arbeiterwohnungen  
 durch die Unternehmer wird man sich nur dann einverstanden  
 erklären können, wenn die Mietverträge dem Arbeiter die  
 volle Freiheit wahren, auch nach Verlassen der Arbeitsstätte  
 noch in der Wohnung weiter verbleiben zu können. Das ist  
 aber nicht der Fall, meist muß der Arbeiter sofort oder doch  
 in wenigen Tagen, günstigsten Falls in einigen Wochen,  
 nachdem er aus der Arbeit entlassen ist, auch aus der Wohnung  
 ausziehen.

Auch die Baugenossenschaften wirken nur dann  
 segensreich und dürfen deshalb auch nur dann unterstützt  
 werden, wenn sie verhindern, daß die von ihnen errichteten  
 Häuser in den Besitz eines Mitglieds übergehen und von  
 diesem weiter verkauft werden können. Vorteile davon hätte  
 aber auch immer nur die oberste Schicht der verhältnismäßig  
 gut entlohten Arbeiter, nicht aber die große Masse, die die  
 Beiträge gar nicht erschwingen kann. Direkt schädigend wirken  
 solche Baugenossenschaften, die den Arbeiter zum Hausbesitzer  
 machen und dadurch seine Sehsüchtigkeit erzwingen, denn das  
 könnte den Arbeitern bei örtlicher Arbeitslosigkeit zu großen  
 Schäden gereichen. Der Vorteil, den die Arbeiter durch die  
 Genossenschaften haben, besteht wesentlich darin, daß sie ge-  
 sunde Wohnungen erhalten und vor Mietssteigerungen ge-  
 sichert sind.

# China.

Es steht nunmehr fest, daß die Gefandten leben. Auch von dem englischen Gefandten liegt jetzt eine direkte Meldung vor. Zugleich geht aber auch aus diesem Brief hervor, daß die Gefandtschaften zwar nicht beschossen, aber von den Chinesen mißsächlich abgepaßert worden sind. Damit scheint auch erwiesen, daß die Chinesen die Gefandten als Geiseln verwerten werden.

Nachdem der Nachrichtenfluß so für alle Mächte — mit Ausnahme Deutschlands — grandios geworden, kann von einer gemeinsamen Aktion der „Civilisation“ keine Rede mehr sein. Von einem Vormarsch auf Peking, den vielleicht niemand augenblicklich mehr wünschen als die Chinesen selbst, hört man noch weniger als sonst.

Auch sonst liegt nur wenig Nachrichtenmaterial vor.

## Ein Telegramm des englischen Gefandten.

Das London wird gemeldet: Die Admiralität erhielt durch den Komter-Admiral Bruce über Chemulpo folgendes Telegramm des Gefandten Macdonald: Die englische Gefandtschaft in Peking wurde vom 20. Juni bis zum 10. Juli von allen Seiten durch chinesische Truppen mit Gewehr- und Artilleriefeuer angegriffen. Seit dem 16. Juli herrscht Waffenstillstand, doch ist eine strenge Abriegelung durch chinesische Truppen auf beiden Seiten der Stellung gezogen und die chinesischen Barrikaden sind dicht bei den unsrigen. Alle Frauen und Kinder sind in der Gefandtschaft. Bis jetzt sind 62 Personen gestorben, darunter Kapitän Stronch von der Matrosenabteilung, ferner liegt dieselbe Anzahl im Hospital, darunter Kapitän Holliday von der Matrosenabteilung, die übrigen Mitglieder der Gefandtschaft befinden sich sämtlich bei guter Gesundheit mit Ausnahme von David Oliphant und Warren. Gezeichnet 21. Juli. Macdonald.

## Geiseln.

New Yorker Blätter veröffentlichen eine Unterredung mit dem chinesischen Gefandten in London. Auf die Frage, ob die Vorgesetzten der Gefandten in Peking gefangen halten, antwortete er „Nein“. Die Vorgesetzten von den Regierungstruppen bewilligt worden, aber General Tung-fu-liang habe seit seinem Sieg über Li-chung hinreichende Streitkräfte dazwischen gestellt, um die Wegführung der Fremden zu verhindern. Unter Umständen wäre es für die Mächte das Beste, mit Li-chung-Führung wegen Freigabe der Gefandten Unterhandlungen anzuknüpfen. Wenn irgend jemand sie aus Peking bringen könne, sei er es. „Das bedeutet also“, fragte der Interviewer, „daß die Gefandten tatsächlich als Geiseln gehalten werden?“ Lächelnd antwortete der Gefandte, er sei außer Stande, diese Frage zu beantworten, vielleicht könne dies Li-chung-Führung thun.

Der chinesische Gefandte am hiesigen Hof hat den „Times“ mitgeteilt, er habe eine Devische erhalten, besagend Li-chung-Führung habe im Verein mit den andern Vize-Königen und Gouverneuren eine Petition an den Thron gerichtet, in welcher er dringend rät, die auswärtigen Vertreter sofort unter Ehre nach Tientsin zu senden oder ihnen die Erlaubnis zu erteilen, ungehindert mit ihren Begleitungen zu verreisen. Die kaiserliche Zustimmung werde dem Gefandten mitgeteilt werden, sobald sie erlangt sei.

Das ist wieder ein chinesischer Schachzug.

## Russische China, „Freiwillige“.

Die „Kontowitzer Zeitung“ meldet: Sechs Japanschlächter des in Genjokschan (Russisch-Polen) garnisonierenden Schützenbataillons wurden gestern erschossen. Das betreffende Bataillon sollte demnächst mit der sibirischen Eisenbahn nach dem chinesischen Kriegsschauplatz beordert werden. Die sechs Mann bekamen es aber mit der Angst zu thun, weshalb sie desertierten, aber sehr bald ergriffen wurden. Die Folge ihrer Flucht war, daß sie erschossen wurden.

## Heber das Klima.

Die Erzeugnisse und sonstigen Hülsenquellen des nördlichen China, speziell der Gegend von Tientsin bis Peking, veröffentlicht das französische Marineministerium eine Notiz, der wir das folgende entnehmen:

Die Jahreszeiten haben einen deutlichen ausgeprägten, von einander sehr verschiedenen Charakter. Die Regenzeit beginnt im Juni und dauert bis Oktober. Es herrschen dann südliche Winde mit sehr hohen Temperaturen von 28 Grad bis 32 Grad; ja, im Juli und August steigt die Temperatur noch höher, während sie im September auf 18 Grad bis 22 Grad sinkt. Vom Oktober ab fällt sie sehr stark, und der November, Dezember, Januar, in denen nördliche und nordöstliche Winde mit zahlreichen Staubstürmen herrschen, sind recht kalt.

Während der Regenzeit treten die Flüsse über, das ganze Gebiet wird überschwemmt und die Strahlen, die sich ständig in schlechtem Zustande befinden, werden unpassierbar.

Im Winter ist der Boden mit einer dicken Staubschicht bedeckt, in welcher die Wagen bis an die Räder versinken und nur mit größter Mühe vorwärts kommen.

Das Trinkwasser ist in China sehr schlecht; daher trinken die Chinesen sehr selten reines Wasser, sondern erziehen es durch den Abzug. Auf den Schiffen unserer chinesischen Division benutzt man seit Jahren zum Trinken desiliiertes Wasser, was sich recht gut bewährt hat. Für ein Expeditionscorps in jenen Gegenden ist die Frage des Trinkwassers schwieriger zu lösen: Man kann den Leuten auf dem Marsch nicht desiliiertes oder sterilisiertes Wasser geben; denn die besonderen Apparate zur Vereinerung desselben müssen für die Hospitaler reserviert bleiben. Höchstens könnte man abgekochtes Wasser an die Leute verteilen, und auch das würde unter manchen Verhältnissen schwer ausführbar sein.

Man wird die Chinesen nachahmen und Tee als Getränk benutzen müssen; kalt oder warm getrunken ist er ein vorzügliches Getränk, das keinerlei Mangelerscheinungen im Gefolge hat, sobald er nicht im Übermaß genossen wird. Warmer Tee löst selbst während der Hitze den Durst viel besser als ein kaltes Getränk.

Während der Märze wird es auch nützlich sein, beständig Taschenstiller zu benutzen, durch die das Wasser von einer ganzen Anzahl schädlicher Keime befreit wird. Die Truppen werden solche Stiller nach dem System Lapeyrre erhalten.

Ganz besonders muß sich der Soldat vor dem Alkohol hüten, der in China sehr verbreitet ist. Seit 4000 Jahren bereiten die Chinesen Alkohol und konsumieren davon eine ungeheure Menge, obwohl der erste Entdecker nach der Tradition mit dem Tode bestraft sein soll. Im Norden Chinas bereitet man aus dem Sorgo einen Branntwein, dessen Unreinheit man an der Färbung erkennt. Dieser Branntwein wird für 60 bis 100 Saepquin, d. i. 23 bis 40 Pf., per Liter verkauft.

Auch aus Körnern wird Branntwein hergestellt; er ist ebenfalls unrein und bietet eine große Gefahr für die Gesundheit dar. Fleisch aus Schlachthäusern, Geflügel, Wildpret, frisches Gemüse und gutes Obst kann man sich in Nordchina reichlich verschaffen; nur das Schweinefleisch ist unbedingt zu verbieten, da dieses Tier häufig vom Anosy und der Trichinose ergriffen ist.

Der Fischfang ist wegen des starken Salzgehalts des Frischwassers schlecht; er schmeckt immer nach Schlamm, und man muß gut, sich seines Genusses zu enthalten; ebenso der Krebs und Garnelen, die man in den Fischläusen findet.

Der Norden Chinas besitzt keine untersehte Pferde mit großem Kopf und heruntergedrückter Kruppe, die stark an die schottischen Ponies erinnern; ferner giebt es dort kräftige Maultiere, die das Pferd als Arbeits- und Zugtier fast ganz ersetzen.

Während der warmen Jahreszeit wähet im Norden des Reichs das Sumpffieber; man muß daher streng alle prophylaktischen Regeln befolgen, die für Expeditionen in sumpfigen Gegenden gelten.

Im Juli und August sind Mischel und Sonnenstich sehr häufig; dazu gesellen sich Leberleiden. Aber die vorherrschende Krankheit im Sommer bildet neben dem Sumpffieber der Durchfall mit sehr schweren Komplikationen. Selbst der leichteste Durchfall muß sofort sehr sorgfältig behandelt werden, denn stets kann er sich zur Cholera gestalten, die dort sehr häufig ist.

Im Winter sind rheumatische Affektionen, sowie solche der Atmungsorgane am häufigsten; ebenso kommen Pleuritiden und Diphtherie häufig vor. Die Veden wähen unter der chinesischen Bevölkerung fast beständig; die Schuppoden-Jumpung ist nur in den Gebieten, in welchen Europäer wähen, im Gebrauch. Es wird daher gut sein, alle für das Expeditionscorps bestimmten Mannschaften einer erneuten Jumpung zu unterziehen.

Auf alle Fälle ist eine Ausbildung nötig, welche den klimatischen Verhältnissen besonders angepaßt ist.

## Politische Uebersicht.

Verlin, den 31. Juli.

### Massia-Moral.

Daß in Deutschland die gewerkschaftlichen Schaffmacher die Ermordung Umberto's für ihre umsturzgesetzlichen Umsturzbestrebungen zu „fruchtbareren“ verbinden würden, das wurde von uns als selbstverständlich betrachtet. Dieses Volk darf nicht die Fähigkeit ausüben, zu denken, und schämt sich dieser geistigen Kastration nicht. Sonst wäde es zugestehen, wie lächerlich und unehrlich die Ausübung eines anarchistischen Attentats gegen die Socialdemokratie gerade in dem Lande ist, dessen Socialdemokratie den Anarchismus ausgerottet hat und dessen Arbeiterbewegung, trotz radikalsten Inhalts und höchstgedeckten Zielen, vollkommen frei geblieben ist von Gewaltthätigkeiten.

Doch das sind Thatsachen, die unsre Stumm und Konferten berufsmäßig leugnen müssen. Von der Presse Italiens hätten wir indes erwartet, daß sie solche verbrecherischer Thorheit sich fernhalten wäde. Gibt es ja kein zweites Land, in welchem die Gewaltpolitik so häufigen und so gründlichen Schiffbruch gelitten hätte, wie Italien. Trotzdem ertönt auch dort wieder der Ruf nach Gewaltmaßregeln zur Unterdrückung des Anarchismus.

Gewaltmaßregeln! Aber, wenn die Gewalt ein Heilmittel wäde, so hätte Italien längst vom Anarchismus geheilt sein müssen. Seit fast einem Jahrzehnt haben wir dort die Gewaltpolitik in allen Gestalten und Abstufungen: Belagerungszustand, Justizhauskur, Straßenmegeleien — kurz alles, was das Herz eines Stumm nur verlangen kann. Und die Wirkung?

In Monza hat sie sich offenbart. Gewalt zengt Gewalt. Wer Gewalt sät, erntet Gewalt. Und Anarchismus ist selber nichts anderes als Gewaltpolitik, wie jede Gewaltpolitik Anarchismus ist.

In Deutschland fand der Anarchismus von oben und von unten in der zielbewußten und wohlorganisierten Socialdemokratie einen Damm, den er nicht zu durchbrechen vermochte. In Italien konnte die Socialdemokratie leider noch nicht zu der gleichen Machtstellung gelangen, und die Regierung konnte den Anarchismus von oben und von unten zu höchster Entwicklung bringen. Die Mehrzahl des italienischen Volks hat keinen Schulunterricht und steht unter dem Einfluß der Paffen. Der Kern aber leidet die Jugend, daß die italienische Savoyen-Dynastie sich an der Kirche freventlich verständig hat, daß sie auf dem Boden der fluchtwürdigen Revolution steht und der Mache des Himmels verfallen muß. Sieht doch ein französisches Paffenblatt, der „Gaulois“, jetzt in der Ermordung des Königs Umberto die „Strafe des Himmels für die Entthronung des Papstes“. Und da sollten keine „anarchistischen“ Ideen in die Jugend getragen werden?

Wir wissen noch nichts über die Person des Mörders: wir halten es jedoch für äußerst wahrscheinlich, daß er ähnlich wie Caserio, der Mörder Carnots, und Luccheni, der Mörder der Kaiserin von Osterreich, ein frommgläubiger Paffenzögling ist.

Allein der Bruch der Monarchie mit der Kirche, verbunden mit der systematischen Volkerverdummung, die von der Regierung mit ebensoviel Eifer gefördert wird wie von den Paffen, ist nur eins der Momente, die dem Anarchismus in Italien so großen Vorstoß geleistet haben. Die Hauptschuld trägt die innere und äußere Politik der Regierung. Die Gewaltpolitik, zu der der ermordete König sich von Crispi, seinem bösen Dämon, mitbedrungen ließ, war eine natürliche Pflanzschule des Anarchismus. Eine Regierung, die auf die mechanische physische Gewalt baut, fordert die mechanische physische Gewalt herans. Und welche Regierung hätte das in höherer Mache gethan, als die Regierung Umberto's mit ihren zwei Hungers-Revolutionen, ihrer Kera des Belagerungszustands und ihrer verriichten Weltpolitik? Aber diese indirekte Pflanzung des Anarchismus hat der italienischen Regierung nicht genügt. Crispi hat den Anarchismus direkt groß gezogen, indem er sich aus dem süditalienischen Lumpenproletariat und aus dem Verbrechertum ganz Italiens, das mit anarchistischen Ideen durchdrungen ist, sich eine Prätorianergarde schuf, und die Massia und Camorra, diese zwei großen Geheimbünde des italienischen Lumpenproletariats und Verbrechertums, zu Hauptstützen der Regierung machte. Der Prozeß wegen Ermordung Rotarbartolos hat die Beziehungen der Regierung zu diesen Mörder- und Diebesgesellschaften klar gelegt. Jahre lang konnten die Mörder frei herumlaufen, weil sie sich des Schutzes der Regierung erfreuten. Und bis auf den heutigen Tag ist die Macht der Massia und Camorra ungebrochen, weil sie mit Crispi und andern einflußreichen Staatsmännern unter einer Decke stecken.

Die Mitglieder der Massia und Camorra aber frechen, unter-schlagen nicht bloß im großen, sie üben auch Mord und Gewaltthat im großen. Die Mordthaten, die alljährlich auf das Konto dieser zwei Gesellschaften zu schreiben sind, belaufen sich in die Hunderte. Und sie werden unter dem Schutz der Regierung vollbracht. Das sind nicht Behauptungen, das sind gerichtlich festgestellte Thatsachen.

Und da schreit man Peter, wenn in Italien „ein politischer Mord“ verkommt! Die Ermordung Rotarbartolos war auch ein politischer Mord — gerade so politisch wie die Ermordung König Umberto's; und sie fand statt unter den Kuspigen der italienischen Regierung.

Wer kann sich da wundern, daß die anarchistischen Praktiken der Massia und Camorra in Italien an der Wode sind, und daß auch einmal ein Fürst das Opfer dieser von der Regierung gepflegten Praktiken ist?

Wenn Preßis Mißthätige mit ihm auf die Anklagebank gesetzt werden, dann wird kein Gerichtssaal ausreichen für die Menge der Angeklagten. Und es wird eine sehr gemischte, zum Teil sehr vornehme Gesellschaft sein.

## Eine Kulturstimme.

Die „Post“, die „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ setzen im Verein mit Schweinburg und dem edelen Zentralorgan für Noheitsdelikte, der „Staatsbürger-Zeitung“ des Dreißigsten, die Umsturzhebe fort. König Humberts Ermordung scheint den ehrenwerten Organen sehr gelegen gekommen zu sein, um von dem schlimmen Flaklo der deutschen Chinapolitik

— dieser Thatsache verschleßt sich niemand mehr — und andern so peinlichen Erscheinungen der letzten Zeit abzulenkten. Wir verzichten darauf, mit den böhartigen Narren zu diskutieren, die fieslich erklären, gerade weil wir die Gewaltpolitik bekämpfen, seien wir für ihre — Exzesse verantwortlich. Aber eine Stimme europäischer Kultur sei doch mitgeteilt, weil sie in einem amtlichen Organ ertönt, dessen Redacteurs nach gerichtlich Entscheidung Beamte sind — die Königlich sächsische „Leipziger Zeitung“, die aus den Steuermitteln des Volks erhalten wird, schreibt u. a.:

„In dem Augenblicke, in dem ein entmenschter Volk im fernen Osten Afens durch die Massenmordung christlicher Kulturträger Frevel auf Frevel häuft und die entarzierten Söhne unsres Volks die Mörder als gottgewollte Rächer europäischen Unrechts preisen (die Lobredner „gottgewollter“ Rächer sind nämlich die sächlich fromm gewordenen Socialdemokraten. Red.), nur wenige Wochen, nachdem ein unweiser Bögling der internationalen Umsturzpartei der Verurteilung wegen des Marbanschlages auf den Thronfolger Englands entraum und von den bürgerlichen Velserselkern der geistigen Urheber dieser That gepriesen wurde als „ein moralisch reines, nur einmal von einem abertretenden Berechtigtheitsheber hingerissenes Kind“, als ein „geheiltes und arbeitssamer Junge“, dessen ungebildiger Kopf noch den besten Wein geben wird“, ist der selbstlose, gütige und gerechte Herrscher des uns befreundeten italienischen Volks durch freile Mörderhand gefallen. Und wieder wird sich ereignen, was bei allen Anschlägen auf gekrönte Häupter in den letzten Jahren geschah: diejenigen, die es durch ihre teuflische Verhegung so weit brachten, daß der Plan, zu dessen Ausführung sie selbst zu freigewaren, in einem überhitzten Kopf zur That wurde, werden meilenweit von ihm abrücken und der Welt zu beweisen versuchen, daß „der internationalen Socialdemokratie, die grindsächliche“ Sequerin der Anarchistenpartei sei, nichts fernere liege, als die Verwirklichung ihrer politischen Ziele durch Mord und Zottschlag...“

„Noch fehlt über die Person des Thäters und die Beweggründe seiner That je d e nähere Angabe. Daß auch sie mit ein Produkt der Atmosphäre ist, die bei uns und im Auslande erzeugt wurde durch die Jahrzehnte lang betriebene „Propaganda der That“, durch das den Massen tropfenweise angeführte Gift des Hasses und der Aufschneung nach oben, ist uns trohden nicht zweifelhaft...“

„Möge das gemeinschaftliche Empfinden hier wie allerwärts aber auch endlich die Ueberzeugung reifen, daß es so nicht länger fortgehen kann mit dem schweigenden Dulden einer Propaganda, die, wenn auch die geschlichen Formen wärend, doch notwendig die Voraussetzungen schaffen muß für Thaten, wie wir sie jetzt vor uns sehen. Was an vaterlandsloser Verhegung z. B. der „Vorwärts“ seit Beginn des chinesischen Kriegs und namentlich in den letzten Wochen geleistet hat, gehörte unsres Erachtens schon im Rahmen der bestehenden Gesetze nicht mehr zu den erlaubten Dingen. Auch ohne Ausnahmegerichte darf ein Staat, der sich selbst achtet, solche offene Verhöhnung nicht dulden. Wollen die Reichsrecht u. Gen. durchaus für ihre geliebten Chinesen gegen die Söhne unsres Volks sechten, so mögen sie dorthin gehen, wo man solche Vaterlandsverräter brauchen kann. Von hier aus hindert sie niemand daran. Ob man sich mit einer schärferen Handhabung der bestehenden Gesetze begnügen oder zur Verhärtung der Gesetzgebung äreiten soll, lassen wir heute unerörtert. Gegen die letztere wäde sprechen, daß die Umsturzpartei, nach dem Ausfall der letzten Wahlen zu urteilen, an den Grenzen ihrer Ausdehnungsfähigkeit bereits angekommen zu sein scheint. Andreseits könnten wir in einem Expatrierungsgesetz z. B. kein Unrecht finden, denn die Leiter des „Vorwärts“ haben sich mit ihrer habituellen Selbstbescheidung aus der deutschen Volksgemeinschaft schon selbst ausgeschlossen. Liberal wäre der Expatrierungsgedanke allerdings nicht; praktisch und wirksam aber wahrlich einlich.“

Gegenüber diesem königlich sächsischen Kemmer habitueller Selbstbescheidung sind selbst die Schweinbürger nicht mehr konkurrenzfähig. Es ist kein übler Gedanke, daß das amtliche Blatt jeden Menschen aus dem Vaterland verbannen will, der sich erlaubt, die Wahrheit zu sagen. Die chinesischen Voyer sind Kanakker gastlicher Fremdenfreundschaft, gemessen an solchen sächsischen Politikern, die jeden Volksgenossen als Landesverräter zu beseitigen streben, der die seit jeher als staatsfeindlich erschienene Vernunft noch nicht verloren hat.

## Deutsches Reich.

### Zur Kaiserrede.

Die Versuche, die Bremerhavener Rede Wilhelm II. unzugänglich und abguschwächen, sind jetzt aufgegeben. Einzelne Blätter aber haben sich schnell auch in diese Lage und erklären: Es geht auch so. Man billigt einfach die Sätze, die man erst für unmöglich gehalten wollte. So erklärt sich der „Hamd. Corresp.“ vollständig befriedigt, ja beinahe entzückt. Das Blatt läßt sich aus Verlin schreiben:

„Die Durchschnittsmelung scheint dahin zu gehen, daß man so etwas doch nicht sagt“, das heißt, daß man nicht rücksichtslos vor aller Welt anspricht, was die Notwendigkeiten der Kriegführung gegen einen Feind, wie es die fanatisierten Horden der chinesischen Voyer sind, ganz von selbst ergeben werden. Aber im Grunde ist doch jeder unächtern Denker davon überzeugt, daß die Methode des Kriegs in China nicht allzu weit von den durch den Kaiser gegebenen Directiven weichen können. Wir bedauern deshalb in hohem Maße, daß selbst eine Reihe konservativer Blätter sich genähigt gesehen haben, die klaren Worte des Kaisers in einer Weise unzugänglich, die dem Sinn der Rede geradezu ins Gesicht schlägt. In einem Königs-wort soll man nicht drehen und drehen. Und wenn der Kaiser offen und ehrlich, wie es seine Art ist, ausgesprochen hat, was jeder militärische Sachverständige denkt, so braucht sich niemand Mühe zu geben, wohlmeinend seine Worte zu verschleiern. Daß der „Vorwärts“ aus der kaiserlichen Ansprache anti-monarchisches Kapital schlagen werde, war vorzuzusehen und braucht niemand zu verwandern. Dieses Volksblatt wäde selbst sein Gift über Friedrich Wilhelm III. auf uns „an mein Volk“ verpflanzt.“

Hinrichlich unsrer Haltung zum Aufruf „an mein Volk“, der übrigens dem guten Wilhelm III. erst nach jahrelangem Studieren abgerungen worden ist, irt sich das offizielle Blatt. Der leitende einen Krieg für die nationale Unabhängigkeit ein, und jener Aufruf paßt heute nicht für die Deutschen, die sich keineswegs in nationaler Notwehr befinden, sondern für die Voyer. Die Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung, die wir in der Chinafrage vertreten, ist es ja eben, die den internationalen Weltpolitikern so schweren Anstoß bereitet. Den „Aufruf an mein Volk“ mit Gift zu besprengen, wäre vielmehr eine konsequente Handlungswiese des Hamburger Blatts, das jetzt die Politik eines Ponts XIV. vertheidigt und den deutschen Voyer aufstand von 1813 deshalb verweisen muß. Im übrigen stellen wir mit Vergnügen fest, daß das Hamburger Blatt, die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ und ähnliche Organe für die Kriegführung nach Gummantät eintreten.

Auf der andren Seite ist die „Kreuz-Zeitung“ zwar nicht unwillig, daß diese Rede gehalten, aber darüber trauert sie, daß sie bekannt geworden. So etwas sagt man, läßt es aber nicht bekannt werden:

Bei der kaiserlichen Ansprache in Bremerhaven hat die offizielle Berichterstattung eine auffallende Unsicherheit und Unge-

Stillschweigen betreiben. Hierzu kommt, daß noch mehrere Blätter eigene sowohl von einander wie von den beiden Besessenen des Wolffischen Telegraphen-Bureau's abweichende Berichte gebracht haben. Eine so eigenartige Praxis bei der Wiedergabe wichtiger Reden unseres Kaisers kann nur dazu führen, die öffentliche Meinung zu verwirren. Läßt sich dem nicht ermöglichen, daß bei solchen Gelegenheiten die unsicheren Elemente der Berichterstattung ausgeschlossen werden und für eine authentische und schnelle amtliche Wiedergabe der kaiserlichen Worte gesorgt wird?

Unter den unsicheren Elementen versteht die „Kreuz-Zeitung“ natürlich die Berichterflatter, die verbreiten, was sie selbst wirklich gehört haben, nicht was — nach der Meinung der „Kreuz-Zeitung“ — das Volk hören soll.

Während die katholische „Germania“ für die Kaiserrede begeistert ist, empfindet das rheinische Centrumorgan, die „Köln. Volksztg.“, Bedenken. Sie meint:

„Mit Bedauern muß nochmals gesagt werden, daß die Reden über die Dinge in Ostasien wachsendes Unbehagen zu verursachen geeignet sind. Bisher haben die Dinge nie den durch die Reden erregten Erwartungen entsprochen. So wird es gewiß auch diesmal wieder sein. Die Eintracht der Mächte, um die es obneht schon bebenlich steht, wird durch solche Reden nicht gefördert. Die Mächte, die, wie die Amerikaner, bereits von „Milde“ und „Versöhnung“ reden, werden nun erst recht abgeneigt sein, den Chinesen ernstlich zu Leibe zu gehen, und Deutschland hat Gegner genug, die bereitwillig jeden Anlaß ergreifen, es im Stich zu lassen. Oder gedenken wir etwa nötigenfalls ganz allein nach Peking zu marschieren, um dort „Rache“ zu nehmen? Wo soll das zugehen? Wir haben alle Anerkennung für den edlen Schwung des Geistes, die erhebenden Empfindungen und idealen Bestrebungen, die ja auch in der Rede des Kaisers zum Ausdruck kommen, aber wir können uns nicht verhehlen, daß man Kundgebungen wie die Bremerhavener Ansprache im Auslande benutzen wird, um uns zu schaden.“

Von den Auslandstimmen hat das „Wolff'sche Bureau“, das sonst so geschwätige, bisher keine einzige mitgeteilt. Statt aller andern Kundgebungen begnügen wir uns als Stimmungszeichen eine von Wolff gleichfalls nicht telegraphierte Episode aus dem englischen Unterhause zu erwähnen. Am Montag richtete derselbst der Abgeordnete Dr. Tanner an die Regierung die Frage, ob nach der Rede des deutschen Kaisers bei der Einschiffung der Truppen in Bremerhaven englische Soldaten noch verpflichtet wären, mit den Deutschen Schutter an Schutter zu stehen, und ob insbesondere, nachdem der Kaiser Ordre gegeben, seinen Parton zu gewähren, englische Soldaten etwa unter deutschem Oberbefehl stehen könnten. Der Regierungsvertreter antwortete: Er wisse nicht, ob die Zeitungsberichte die kaiserliche Rede zutreffend wiedergegeben hätten. Die englischen Truppen hätten allerdings nach wie vor die Pflicht, gemeinsam mit den andern internationalen Streitkräften vorzugehen.

Der Bremerhavener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hatte, wie schon erwähnt, das Manuskript der Rede eine Stunde nach der Aufgabe auf dem Telegraphenamt zurückgehalten, und zwar, wie ihm mitgeteilt wurde, auf Befehl des Grafen Bülow. Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes steht, so bemerkt das Blatt, die Telegraphencensur nicht zu. Er kann sie nur ausüben, wenn er sich mit dem Reichspostamt in Verbindung setzt. Die Telegraphenbesitzer allein und als oberste Instanz das Reichspostamt haben nach der Telegraphenordnung vom 18. August 1880 eine Depeschencensur aus, vermutlich also hat der Leiter des auswärtigen Amtes nur seinen Einfluß geltend gemacht, daß das Telegraphenamt in Bremerhaven die telegraphische Verbreitung der Rede des Kaisers zu verhindern suchte. Nach der Telegraphenordnung dürfen nur solche Privattelegramme von der Verbesserung ausgeschlossen werden, deren Inhalt gegen die Ehre verläßt oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles oder der Sittlichkeit für unzulässig erachtet wird.

Gegen die Censur verstoßt der Inhalt der Rede des Kaisers nicht und gegen die „Sittlichkeit“ ebenfalls nicht. So bleibt also nur übrig, daß die Telegraphenbehörde oder der sie veranlaßt hat, gekündigt hat, daß die telegraphische Verbreitung der Rede des Kaisers „aus Rücksichten des öffentlichen Wohles“ unzulässig sei.

Aus der merkwürdigen Unsicherheit, mit der dann Wolff in zwei Besätzen den Text stückweise verbreitet, schließt das Blatt, es wäre den Offizieren am liebsten gewesen, wenn die Ansprache überhaupt nicht bekannt geworden wäre.

**Der Herzog von Koburg-Gotha** ist im Alter von 56 Jahren gestorben. Er litt an Lungen- und Herzklopfen. Er ist ein Sohn der Königin von England. Thronerbe ist nunmehr der englische Herzog von Albany, der 1884 geboren ist. Der 15jährige Herzog bildet sich gegenwärtig in Potsdam militärisch aus. Bis zum Jahre 1905 wird für ihn Erbprinz Ernst von Sachsen-Coburg die Regentenschaft führen.

**Freisinn.** In einer vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Schilderung des ermordeten Königs Humbert heißt es: „Zwei Passionen hatte er: die Jagd und die Parlamentsfragen. Jener Generation angehörig, welche die Heilung aller Uebel der Welt von der gewissenhaften Ausführung des Willens der parlamentarischen Mehrheit erhoffte, interessierte ihn jede kleine Veränderung in dem Wesen dieser wechselnden Mehrheiten auf das lebhafteste. In diesen Dingen wachte er wachend wie nur ein englischer Premierminister.“

Das „Freisinnige“ Blatt scheint in seiner Entwicklung schon so weit zu sein, daß es sich von der gewissenhaften Ausführung des Willens der parlamentarischen Mehrheit nichts verspricht. „Jener Generation“, die daran glaubte, gehört es nicht mehr an.

### Vom preussischen Fremdenhaß.

Der neue Kultusminister Studt zieht mit einem Kraftauswande, der in geradezu grotesken Gegensätze zu den bisher erzielten Resultaten steht, in der Provinz Posen gegen alles, was polnisch ist, zu Felde. Sein neuester Erfolg verbietet den Religionsunterricht in polnischer Sprache, sowie in den Oberklassen der Gymnasien den polnischen Sprachunterricht, für den bisher zwei Stunden wöchentlich angelegt waren. Gleichzeitig wurde auf Anordnung des Ministers ein Abiturient delegiert, weil er sich polnische Bücher gekauft hatte. Hausbesuchen bei polnischen Gymnasialisten nach polnischen Schriften sind — nach dem „Gloniec Bielskopolski“ — an der Tagesordnung.

Tafel man in der Elementarschule mit der bisher beliebten Germanisierungsmethode so gut wie nichts ausgerichtet hat, haben wir unlängst bereits angedeutet. Wenn der Lehrer nur deutsch spricht, die Schulkinder aber nur polnisch verstehen, kann es nicht weiter Wunder nehmen, daß ein gut veranlagtes Mädchen nach achtjährigen Schulbesuche tatsächlich nicht anzugeben vermochte, wieviel Centimeter ein Meter hat. Auf der Unterstufe aber schon erzählte man den kleinen Polenkindern von der Größe des jetzigen deutschen Kaisers. Kommt das Kind nach Hause, so berichtet es wohl: der Kaiser ist groß und stark, — aber der Lehrer weiß nicht einmal, was die Tafel auf Polnisch heißt.

Im Gesangsunterricht muß der Lehrer die größte Mühe auf das Einüben von patriotischen Liedern verwenden, die trotzdem meistens ohne Sinn und Verstand heruntergepfiffert werden. Wenn unsere deutschen Schulkinder mit dem „Heil Dir im Siegerkranz“ seines feilhamen grammatischen Gefluges darüber schon nicht viel anfangen können, so verzeiht es den kleinen Polen geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten. Bei Schulausflügen u. dergl. hört man gewöhnlich außer der sogenannten Nationalhymne nur noch „Ich bin ein Preusse, laßt Ihr meine Farben“ von den Lippen der kleinen „Preußen“ ertönen.

Frägt man nun einen der jungen Sängler, ob er auch mitgesungen habe, so bekommt man gewiß die in verächtlichem Tone

gegebene Antwort: „Nein, ich singe das Lied nicht, das singen bloß die andern.“

Was nun bei derartigen unpolnischen und rein schablonenhaft betriebenen Germanisierungsversuchen dennoch in den Gemütern der polnischen Kinder haften bleibt, das wird durch das Elternhaus in planmäßiger Arbeit wieder ausgetilgt. In der Reizegegend fragte — nach dem „Drebnick“ — ein Lehrer die Kinder, ob sie während des letzten, sehr schweren Gewitters gebetet hätten. Wie ein Mann gaben alle Kinder bejahenden Bescheid; doch fügten sie mit einer gewissen sorgigen Beschränkung hinzu, sie hätten polnisch gebetet, obgleich sie schon seit langem in der Schule deutsch beten müßten. — So geschehen in einer Gegeud, wo man schon vor mehr als einem Jahrzehnt den muttersprachlichen Religionsunterricht aus der Schule verbannt hat.

Die neuesten Vorstöße des Kultusministers Studt gegen das Polentum in Posen haben mit der heftigsten Erbitterung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgehoben. In leidenschaftlichen Worten rufen polnische Zeitungen wie der „Gloniec Bielskopolski“ ihren Lesern zu: Wenn das Kind in der Schule kein einziges Wort in der Muttersprache, kein gutes Wort über die Geschichte und Literatur seiner Nation hört, so ist es die Pflicht eines jeden Polen, einer jeden Polin, für eine nationale Erziehung unserer Kinder im Hause zu sorgen. Verleibden wir uns in der Familie!

Will der Herr Studt ein Täuschchen wagen, wir Polen sind bereit! Seit die von Bismarck ins Leben gerufene Germanisierungspolitik existiert, die übrigens demnächst die Fellei ihres 25jährigen Bestehens begehen kann, hat sie im französisch sprechenden Elsaß, im dänischen Schleswig-Holstein, wie im polnischen Posen nicht weiter erreicht, als daß der Widerstand weiter Volksworte in jenen Provinzen an der lächerlichen Scheuchigkeit, mit der man preussischerseits das Deutschtum zu fördern wähnt, erstarrt ist. Das sollte gewissen Leuten am grünen Tisch eigentlich zu denken geben. Trotzdem aber bereit man sich nun, durch erneute und verfehlte Dressurversuche Blamage auf Blamage zu häufen. —

### Ausland.

#### Der Thronwechsel in Italien.

König Victor Emanuel III. ist in der Nacht zum Dienstag wieder auf italienischem Boden angelangt. Der Thronwechsel vollzieht sich anscheinend ohne Zwischenfälle.

Ueber die Person des Ritters liegen bisher keine zuverlässigen Nachrichten vor. Nach einer Meldung wäre er ein degradierter Offizier.

Die Meldungen über seine Gesandnisse — er habe die blutige Niederwerfung des Mailänder Aufstands rächen wollen usw. — sind Spitzel-Erfindungen nach der Art des alexandrinischen Bombenschwindels. Katholisch ist auch von Verschwörungen die Rede; nun, vielleicht ist er in der That Agent der Mafia, die im Dienste der Mexikaner arbeitet und den Nord als eine Anregung zu neuer Gewaltthaten brauchte.

Das Amtsblatt hat folgendes Manifest an das Land veröffentlicht: „Im Namen des Königs Viktor Emanuel III., der zum Thron berufen ist, erfüllen wir die traurige Pflicht, dem Lande das schwere Unheil zu verkünden, das den letzten Tagen des Königs Humbert ein gewalttätiges Ziel setzte. Die Nation, welche dem erhabenen Gingeschiedenen in lauterer Liebe ergeben war und gegenüber der Dynastie die lebhaftesten Gefühle der Anhänglichkeit und der Solidarität hegt, verwünscht das grausame Verbrechen und wird dem guten, ritterlichen und großherzigen König in tiefer Trauer ein geheiligtes Andenken bewahren, dem König, der der Stolz seines Volks und der würdige Pfleger der Tradition des Hauses Savoyen gewesen. Indem sie sich in unerschütterlicher Treue um den Nachfolger des Dahingegangenen scharen, werden die Italiener durch die That beweisen, daß die Institutionen des Landes nicht stürzen.“

Die in Rom anwesenden Deputierten der äußersten Linken nahmen eine Tagesordnung an, durch welche sie ihren Absichten über das furchtbare Verbrechen von Monza auszusprechen.

In Rom kam es zu Demonstrationen, unter andern gegen Geistliche, die der Nationaltrauer nicht die gebührende Rücksicht zuwenden wollten und vor allem bei der Redaktion des Socialisten-Blattes „Avanti“, wo monarchistische Studenten mit einer Fahne eine Kundgebung versuchten, die zu einem heftigen Zusammenstoß führte. Es soll dabei eine Person schwer verletzt worden sein. Die Umgebung der Redaktion des „Avanti“ wurde mit starker Polizeimacht abgesperrt; die Morgenausgabe des „Avanti“ war wegen eines Leitartikels, der das vorige Ministerium als schuldig an der gestrigen Grenzthat bezeichnete, beschlagnahmt worden.

Der „Avanti“ sieht, wie wir, in dem Königsmord eine bedauernde Werte und zweifelse Thatsache. Die Thatsache, daß es gerade so vielfach Italiener sind, die sich Attentate auf gekönte Häupter zu Schulden kommen lassen, erklärt auch unser Bruderorgan aus den politischen und sozialen Verhältnissen Italiens. Attentate und Hungerrevolten seien Verzweiflungsdatte, hervorgegangen aus denselben Ursachen: Unwissenheit und Elend, geistige und wirtschaftliche Anechtung, das sei der Boden, auf dem der Glaube an die Gewalt gedulde; die Verantwortung dafür treffe in erster Linie die Regierung.

### Liberaler Wirren.

Man schreibt uns aus London, 27. Juli:

Die Abstimmung im Parlament über ein Misstrauensvotum gegen Minister Chamberlain hat die Verwirrung im liberalen Lager auf die Spitze getrieben. Das Misstrauensvotum war — letzten Mittwoch — von dem radikalen Abgeordneten Sir Wilfrid Lawson, dem bekannten Führer der extremen Abstinenzler, beantragt worden und richtete sich nicht nur gegen bestimmte Handlungen Chamberlains, sondern machte, nach Lawson's Motivierung, auch diesen ausschließlich für den Krieg in Südafrika verantwortlich und wandte sich ferner gegen die Ausrüstung der Boerensstaaten. Dies veranlaßte den Führer der liberalen Partei, Campbell-Bannerman, zu der Erklärung, er könnte bei dieser Motivierung dem Votum nicht zustimmen. Da er aber auch nicht in der Lage sei, der Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen, so werde er sich der Abstimmung enthalten. Der Führer der imperialistischen Liberalen, Sir Edward Grey, erklärte dagegen, als Bekennender der Ansicht, daß in dem Streit in Südafrika England provoziert und im Recht sei, fühlten er und diejenigen Liberalen, die gleich ihm dächten, sich genötigt, gegen das Votum, d. h. für die Regierung zu stimmen, und so gingen denn 40 Liberaler mit dem Ministerien; 29, darunter die amwesenden Vertreter, mit Sir Wilfrid Lawson, und der Rest blieb mit Campbell-Bannerman von der Abstimmung fort. Das war schon schlimm genug. Die Sache ist aber dadurch noch verschlimmert worden, daß gestern die „Times“ einen „Einzel der Vierzig“ unterzeichneten Brief veröffentlicht hat, worin der Briefschreiber es als moralische Pflicht der Regierungspartei erklärt, bei der kommenden Wahl denjenigen Liberalen, die sich bei der jetzigen Krisis „patriotisch“ erwiesen hätten, keine Gegenkandidaten gegenüberzustellen. Diese Votellei um die Stimmen der Regierungspartei ist von den Antiradikalen in schärfster Weise gebannt, und von einigen runderheut mit der Aufforderung an den Schreiber und seine Freunde beantwortet worden, offen zur unionistischen Partei überzutreten. Die liberalen Häupter aber haben eiligt Kriegsrot abgehakt, um einen Weg zu ermitteln, wie sich diese neue Blamage vermeiden und die drohende Verschärfung des Misses ver-

hindern läßt. Es heißt, daß bei der Schlußabstimmung über den Regierungshaushalt ein Abstimmungsgegenstand Chamberlain eingebracht werden soll, dem die Partei einseitig werbe zustimmen können. Ob das aber eine so einfache Sache ist, muß abgewartet werden. Ein heutiges Abendblatt bringt übrigens eine Erklärung mit dem zu den Vierzig gehörenden Abgeordneten Wells, worin der Schreiber des Briefs an die „Times“ in beinahe noch schärferen Ausdrücken desabundiert wie im „Star“ und anderen Blättern der äußersten Linken. Mr. Wells erklärt, er stehe in allen Punkten, außer der Südafrikafrage, im schroffen Gegensatz zur konservativ-unionistischen Partei, und werde nicht aufhören, sie auf energichste zu bekämpfen und jede Gunst von ihr zurückzuweisen. Seine Erklärung ist insofern nicht unwichtig, als er einer der Häupter des Radikalismus ist und überhaupt in den Reihen der Nonkonformisten vielen Einfluß besitzt.

### Afrika.

**Vom Boerenkrieg.** Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Jereust vom 29. Juli gemeldet: Es geht das Gerücht, daß die Boeren gegen Jereust vorrückten. Alle Regierungsvorrate wurde nach dem Lager geschafft, welches sorgfältig hergerichtet worden ist. Die Convois nach dem Landsfluß sind eingestellt worden. Später, des Feindes wurden im Distrikt bemerkt. Ein eingeborener Späher berichtet, daß 400 Boeren in Steenbontkontein lagen.

Demselben Bureau wird aus Fouriesberg vom 30. Juli gemeldet: Die Boeren, die sich Gunter ergaben, bestanden unter andern aus dem 500 Mann starken Kommando von Hiddburg und dem 450 Mann starken Kommando von Jahnbrand; mit diesen fielen 1500 Pferde, zwei Kanonen und 50 Wagen in die Hände der Briten. Viele Boeren sind über Kaunapooris Nel gegangen, um sich Macdonald zu ergeben, andere kommen noch fortwährend an. Die Kommandos von Garrijnith und Weede bewegen sich noch ungehindert umher. —

### Partei-Nachrichten.

**Genosse Emil Meyer.** Einen herben Verlust hat die Partei zu beklagen. Aus Hamburg kommt die Trauerbotschaft, daß Genosse Emil Meyer, Redacteur der „Halberstädter Arbeiter-Zeitung“, im Reinen Allgemeinen Krankenhaus an der Schwindsucht verstorben ist. Genosse Meyer war kein Veteran der Partei und deshalb nur einem kleinen Teile der Parteigenossen bekannt, allein diejenigen, die ihn näher kennen zu lernen Gelegenheit hatten, sind durch die Todesnachricht darum nicht weniger tief ergriffen worden. Emil Meyer, von Haus aus Kaufmann, entfiel 1897 seinem Berufe, in dem er nach seiner Fähigkeit und seiner Charakterveranlagung keine Befriedigung finden konnte, um sich als Journalist in den Dienst der Partei zu stellen, in deren Literatur er durch jahrelange, eifrige Studien tief eingedrungen war. Sein Weg zum Socialismus hatte ihn über die Klassiker der deutschen Philosophie und Dichtung, über Schiller, Kant und Fichte zu Bakolle, Marx und Engels geführt. Nachdem sich Meyer als Volontär und später selbstständiger Redacteur der „Schleswig-holsteinischen Volks-Zeitung“ die journalistischen Sporen verdient, übernahm er 1898 die Redaktion des Halberstädter Partei-Organs, die er sorgfältig wegen seiner erdichteten Gesundheit aufgeben mußte. Eine längere Gefängnisstrafe, die er in Halberstadt wegen Preßvergehen zu verbüßen hatte, diente zur Verschleierung seiner ohnehin schwankenden Gesundheit wesentlich beigetragen haben. Genosse Meyer erwies sich während seiner redaktionellen Thätigkeit als geistvoller, gewandter Journalist. Obwohl seiner kleinen, schwächlichen, fast knabenhaften Statur und seines schwachen Organs wegen zum Redner wenig qualifiziert, entwickelte Meyer im kleinen Kreise doch eine nicht geringe, durch Beharrung und Gedankentiefe auffallende Verbundenheit. Genosse Meyer, der uns im Alter von 27 Jahren entziffen wurde, würde bei längerem Leben der Partei unzweifelhaft noch ausgezeichnete Dienste geleistet haben. Der Eindruck seiner durch Bescheidenheit und den idealen Zug seines Wesens überaus gewinnenden Persönlichkeit wird bei allen seinen Bekannten nicht so bald verwischt werden.

**Ueber ein Nachspiel ihres Anstädter Abenteuers.** schreibt uns Genossin Riez:

Auf meine am 16. Juni beim fürstlichen Landratsamt zu Anstätt eingereichte Beschwerde über die mir vom Bürgermeister in Plauze zu teil gewordene Behandlung erhielt ich folgende Antwort:

Auf Ihre am 18. Juni d. J. bei mir eingegangene Beschwerde, ohne Datum, über das Verhalten des Bürgermeisters Weber und des fürstlichen Gendarmen Erdmann in Plauze im Juni gegenüber bei Ihrer Anwesenheit selbst am 15. Juni d. J., eröfne ich Ihnen hiermit, daß ich der Beschwerde keine weitere Folge gebe.

Zur Forderung Ihrer Legitimation war der Bürgermeister Weber als Polizeibehörde des Orts und in seiner Unterstellung der fürstliche Gendarm Erdmann vollständig berechtigt. Denn nach § 3 des Bundesgesetzes über das Polizeiwesen vom 12. Oktober 1867 bleiben Bundesangehörige verpflichtet, sich auf amtlichen Erfordern über ihre Person genügend auszuweisen. Daß der Bürgermeister Weber den Ausdruck „Mensch“ gebraucht haben soll, bestreitet er ganz entschieden, und ich habe keine Veranlassung, Ihrer Behauptung mehr Glauben zu schenken. Er giebt aber zu, als er auf den Saal kam, den Wirt mit den Worten angesprochen zu haben: „Herr Wirtsworm, ist das Frauenzimmer aus Hamburg hier, die heute abend hier sprechen wollte?“ Das Kränkende, was man in dem Gebrauch des Ausdrucks „Frauenzimmer“ finden kann, erachte ich durch Ihr verlegendes Auftreten dem Bürgermeister gegenüber für kompensiert.

In keiner Weise kann ich finden, daß der fürstliche Gendarm Erdmann Ihnen gegenüber seine Befugnisse überschritten hätte.

Auch Ihre Behauptung, daß man Sie in ein dunkles Zimmer habe führen wollen, ist nach den angestellten Vernehmungen nicht richtig. Denn bereits vor Ihrer Anhaltung durch den fürstlichen Gendarm war zwischen diesem und dem Bürgermeister Weber verabredet worden, daß letzterer in dem betreffenden Zimmer nicht machen sollte, um dann in demselben die Verhandlung mit Ihnen wegen Ihrer Legitimation zu führen. Der von Ihnen gerigte Umstand kommt aber gar nicht in Betracht, da es ja so hell war, daß Sie die Schrift des über der Thür des betreffenden Zimmers befindlichen Schilds lesen konnten und daraus ersehen, daß es ein amtliches Dienstzimmer war.

Ihre Sistierung will der fürstliche Gendarm Erdmann unterlassen haben, weil er wusste, daß ich in Dienstgeschäften verreist war. Ich stelle Ihnen anheim, dem Mitunterzeichner Ihrer Beschwerde von Vorstehendem Kenntnis zu geben.

Anstätt, den 10. Juli 1900.

Der fürstliche Landrat,  
Schwing,  
Geheimer Regierungsrat.

An  
Frau Louise Riez  
in Hamburg.  
R. 8297.

Ich bemerke dazu, daß ich:

I. mich nicht beschwert habe wegen der Forderung meiner Legitimation, als vielmehr wegen der Art und Weise, wie das geschah. Die Rechtsbelehrung hätte der Landrat sich also sparen können.

II. Nachdem der Bürgermeister bestritten, den Ausdruck „das Mensch“ gebraucht zu haben, ist für den Landrat die Sache einfach erledigt. Ich meine, derselbe wäre doch wohl mindestens verpflichtet gewesen, auch die Person zu hören, an welche die Worte gerichtet waren, nämlich den Wirt Wirtsworm, der meine Anzeige unbedingt bestätigt hätte. Daß bei unserer Veranlassung einer Civilperson mehr Glauben geschenkt wird, als einem Beamten, habe ich natürlich niemals erwartet; daß ein Landrat einem Beschwerekführenden gegenüber dies aber in seiner Antwort in so wenig höflicher Weise zum Ausdruck bringen würde, hätte ich allerdings doch nicht geglaubt.

III. Das Kränkende, das man in dem Ausdruck „Frauenzimmer“ finden könnte, soll kompensiert sein durch mein Ausstreichen dem Bürgermeister gegenüber. Einmal ist es ja immer der Meinung, daß eine Verteidigung nur durch eine Verteidigung kompensiert werden könnte und nicht dadurch, daß man sich Beschimpfungen ergehen lassen hat; weiter ist aber meinerseits nichts geschehen. Eine Beamtenbeleidigungs-Klage hätte sonst sicher nicht lange auf sich warten lassen.

Geradezu kostbar ist die Logik der letzten Ausführungen des Landrats: „das Zimmer, in welches ich geführt werden sollte, kann nicht dunkel gewesen sein, weil — der Bürgermeister und Gendarm vorher den Vorfall gefast hätten, mich dort zu vernehmen und Licht zu machen! Da der Bürgermeister doch auch nur ein gewöhnliches Menschenkind und nicht ausgestattet ist mit göttlicher Allmacht, muß er doch wohl unbedingt erst Zeit haben zur Ausführung seines Vorzuges. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach ist zwischen Aufsicht und Ausführung, dem Willen und der That, ein sehr großer Unterschied.“

Außerdem sei es so hell gewesen, daß ich die Aufschrift des Schildes oberhalb der Thür habe lesen können. Wer sagt Ihnen denn, Herr Landrat, daß ich in der Nacht dieselbe gelesen habe? Am andern Morgen, als ich mir den Ort betrachtete, wo man mich in der Nacht so „höflich“ und „nobel“ behandelt, sah ich, daß es das fürstliche Standesamt war. Der Herr Landrat sieht also, daß seine Kombinationsgabe ihn diesmal schmächtig in Stich gelassen. Schließlich soll der Gendarm gewußt haben, daß der Herr L. in Dienstverhältnissen verweist gewesen sei, wogegen der Bürgermeister den Abend erklärte, soeben durch eine Depesche vom Landrat zur Einforderung meiner Legitimation beordert zu sein.

Da mir auf meine Beschwerde nicht die geringste Bemühtung geworden, obgleich z. T. sogar der Bürgermeister die geradezu unerhörte Behandlung, die ich von ihm erfahren, zugiebt, wäre es eigentlich das Beste, den „höflichen“ Herrn privatrechtlich belangen zu lassen, wenn es mir nicht um meine kostbare Zeit leid wäre, die damit verschwendet würde. Vorläufig werde ich daher eine Beschwerde ans Ministerium richten und abwarten, ob auch die Beamten das unerhörte Betragen des Pfaffenbürgermeisters sanktionieren. Louise Jürg.

**Eine Delegierten-Konferenz der sozialdemokratischen Partei im 3. weimarschen Reichstags-Wahlkreis** fand am letzten Sonntag in Jena statt. Dieselbe war von 15 Orten mit 30 Delegierten besetzt. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes, Genossen Leber, sind im letzten Jahre bezüglich der Organisation weitere Fortschritte nicht gemacht worden. Die mündliche Agitation wurde durch zahlreiche Versammlungsverbote wesentlich erschwert. Der Thüringische Volkskalendar ist in mehreren tausend Exemplaren gratis verteilt worden und hat gute Aufnahme gefunden. Da auch die Segner — ihnen voran Herr Hans Luge v. Burnd — die Vorkämpfer dieser Agitation anerkannt hat, wurde beschlossen, auch im kommenden Jahre wieder solche Kalender, und zwar diesmal 12 000 Exemplare, zur Verteilung zu bringen. Die Kreisliste schloß nach dem Bericht des Kassierers mit einer Einnahme von 559,59 M. und einer Ausgabe von 523,17 M. ab. Die Konferenz nahm auch zur Landtagswahl Stellung und wurde die vom Landesamtsschluß mit der freisinnigen Partei getroffenen Abmachungen einstimmig akzeptiert. Als Delegierter zu dem nächsten in Mainz stattfindenden Parteitag wurde unser Reichstagskandidat Genosse Paul Leutert-Apolda delegiert und Genosse Hobi-Krusch zu seinem Vertreter ernannt. Jena wurde wieder als Vorort gewählt.

**Aus Schwarzburg-Rudolstadt.** Am Sonntag fand in Mellendorf, inmitten des Thüringer Waldes, der 10. Parteitag für Schwarzburg-Rudolstadt statt. Anwesend waren etwa 250 Genossen aus 80 Schwarzburg-rudolstädtischen Orten. Die Reden lagen in den Händen der Genossen E. Hartmann-Rudolstadt, Winter-Frauenthanen, Dr. Quard-Frankfurt und Hofmann-Saalfeld. Der Parteitag verlief großartig und bildete gleichzeitig eine erhebende Demonstration gegen die völkerverhetzende Politik unserer Zeit. Der nächstjährige Parteitag findet in Gräfinau statt.

Dem „Napryzd“ in Krakau wurde wieder die Ehre einer Haus-suchung, die 1 1/2 Stunden gedauert hat, zu teil. Dann wurden die Privatwohnungen von zwei Redakteuren durchsucht. Man kassierte nach Manuskripten über das Kasernenleben in Przemysl und fand — wie immer — nichts. Man scheint auch keine Mittel, um etwas in der Militärsache zu erfahren. Der „Napryzd“ warnt in seiner letzten Nummer vor „Spionage“, die nur in dieser Sache thätig sind. Die Genossen hatten schon vergebens versucht, bei verschiedenen Genossen zu forschen! Eine der letzten Nummern unseres Brudersblattes wurde zweimal konfisziert und konnte erst in dritter Auflage erscheinen. Das Blatt ist seit dem 1. April d. J. 73mal konfisziert worden. Es vergeht überhaupt fast kein Tag ohne Konflikte mit dem Staatsanwalt oder dem Gericht.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

### An die Gewerkschaften Berlins.

Seit 3 Monaten befinden sich die russisch-jüdischen Wästenarbeiter von Litauen und Polen 600 an der Zahl in den Städten Steslawka und Willowisch im Streik. Mit seltenem Mut und Ausdauer ertragen die Arbeiter die Drangsale und Leiden dieses nun 18 Wochen währenden Kampfes. Die Habsicht, unterstützt von den Polizeibehörden, setzen alles in Bewegung, um die Organisation der Arbeiter zu zerstören. Sie glauben bereits den Sieg erreicht zu haben, da die Kasernen der Arbeiter geleert sind. Die Arbeiter wenden sich nun in ihrer Bedrängnis an die deutschen Gewerkschaften mit der dringenden Bitte um Unterstützung, da sie dem Sieg nahe sind und denselben auch erzwingen müssen, wenn sie einige Unterstützung von den deutschen Gewerkschaften erhalten. Bereits hat der Berliner Holzarbeiterverband helfend eingegriffen.

Beiträge für die streikenden russisch-jüdischen Wästenarbeiter werden auf dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Hfer 16, 1 Tr., Zimmer Nr. 8, entgegen genommen.

Der Ausschuss

der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Ausschüsse der Führer Fröhlich und Wanzil in Ober-Schöneweide und Schmidt, Nieder-Schöneweide, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen fordern für die überaus lange Arbeitszeit pro Woche 27 M. Bisher wurden 23,50 M. gezahlt. Die Streikenden sind alle in dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisiert. Zugang ist ferngehalten.

### Deutsches Reich.

**Die Kriegskosten der Scharfmacher.** Das „Hamburger Echo“ teilt mit, daß in der von uns bereits erwähnten Versammlung der Hamburger Eisenindustriellen am 26. Juli folgende Beschlüsse gefast worden sind:

1. Für die Dauer des Streiks der Werftarbeiter soll eine Umlage von denjenigen Verbandsmitgliedern erhoben werden, welche vom Streik nicht betroffen sind. Die Höhe dieser Umlage ist für die Woche auf eine Mark pro Kopf der durchschnittlich beschäftigten Arbeiterzahl festgesetzt. Für die Berechnung gelten die Zahlen, welche der dreijährigen Beitragszahlung zu Grunde lagen. Die Umlage beginnt mit dem 16. Juli d. J. und wird gleich für die hierauf folgenden 4 Wochen erhoben. 2. Der Vorstand wird ermächtigt, in Streit-fällen bei Bedarf eine Umlage von 2 M. pro Kopf der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter auf 2 Wochen einzusetzen zu können, ohne erst die Verbandsversammlung befragen zu müssen. Die Aufsichtsräte sind selbst dauernd unverändert fort.

**Der Streik der Bauarbeiter in Hamburg** ist beendet. Am Freitagabend fand eine Versammlung statt, in welcher über den Verlauf des Streiks Bericht erstattet wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß in einer großen Anzahl Werkstätten die Arbeitszeit verkürzt worden sei, daß dort ein prozentualer Aufschlag für Lieberarbeit gezahlt werde, und daß laut Zimmungsbeschlusses vom 15. August die Arbeitszeit allgemein auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt werde, was nur dem Vorgeben der Gesellen zu verdanken sei. Wenn auch die gestellten Forderungen nicht überall zur Durchführung gelangt seien, so könne man sich doch in diesem Jahre mit dem Ertragenen zufrieden geben. In anbetrach der Massenauflösungen der Werftarbeiter, die ein Zusammenfallen aller Kräfte notwendig machten, wurde der Beschluß gefast, den Streik aufzuheben.

**Die Maurer in Osnabrück** befinden sich bereits die zwölfte Woche im Ausstand. Die Unternehmer haben erfolglos versucht, Arbeitswillige heranzuziehen. An die Kollegen ergeht die Aufforderung, auch ferner darüber zu wachen, daß der Zugang nach Osnabrück streng ferngehalten wird.

**Lohnbewegungen im Ruhrrevier.** Hervorragend sind in diesem Jahre die Maurer im Ruhrrevier an Lohnbewegungen beteiligt. Durchgängig lauten die Forderungen auf: 50 Pf. Stundenlohn und 10stündige Arbeitszeit. Überall liegen die Unternehmer stricke ablehnende Antwort auf die eingereichten Forderungen erteilen, oder gaben überhaupt, trotz wiederholter Anfrage keine Antwort.

**In Essen** stehen infolgedessen die Maurer seit dem 18. Juli im Ausstand. Die Chancen des Erfolgs sind auf Seiten der Maurer. Die Unternehmer liegen zuerst verbittert, nur 1/3 der Essener Maurer beteiligte sich am Streik. Schon nach wenigen Tagen hielten es die Herren aber doch für nötig, noch etwas mehr zu thun, der unwahren Behauptung eine allgemein mit Heiterkeit aufgenommenen Drohung folgen zu lassen. Im Streikbrotchen zu gewinnen, ließen sie die folgenden in einer Unternehmerversammlung gefasteten Beschlüsse publizieren: Wer bis zum 1. August die Arbeit wieder aufnimmt, wird zu den alten Bedingungen weiter beschäftigt. Diejenigen, die bis zum genannten Termin die Arbeit nicht aufgenommen haben, bleiben bis zum 1. März 1901 ausgenommen. Den auswärtigen Unternehmern werden die Listen der Ausgesperrten zugefandt mit der Anforderung, keine der Benannten in Arbeit zu nehmen! Die Wirkung dieser Drohung war, daß sich von den bis dahin Arbeitswilligen noch eine Anzahl den Streikenden anschloß. — In Duisburg legten die Maurer am 27. Juli die Arbeit nieder, auf Grund eines am Abend vorher gefasteten Beschlusses. Hier sind die Aussichten für die Streikenden noch glühender wie in Essen. Von den 650 in Betracht kommenden Maurern streichen zur Zeit noch ca. 50 in Arbeit. Von diesen wird aber auch noch ein Teil abfallen. — Dem partiiellen Maurerstreik in Dortmund — vor 4 Wochen wegen Lohnunterschieden am Amtsgerichtsbau ausgebrochen — wird jetzt wahrscheinlich der allgemeine Streik folgen. In einer am 25. Juli stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände der beiden Verbände ist beschlossen worden, gemeinsam eine öffentliche Maurerverammlung einzuberufen, welche über die Streikfrage Beschlüsse fassen soll. Daß der Streik beschlossen wird, ist, da die Unternehmer auf ihrem absehnenden Standpunkt verharren, kaum zweifelhaft. — Wegen Lohnunterschieden traten in Essen 20 Klempner der Firma M. Kohl, Kaiserstraße, in den Ausstand. Ueber die betreffende Werkstatt wurde die Sperre verhängt. Eine allgemeine Lohnbewegung der Klempner ist die weitere Folge. — Wegen Nichtbewilligung der unterbreiteten Forderungen, welche in der Hauptsache auf Zahlung eines Minimallohnes von 24 M. und regelmäßige Arbeitszeit hinführten, kündigten die Brauer der „Wirt-Brauerei“ in Thyra und der „Glück-Brauerei“ in Gelsenkirchen ihr Arbeitsverhältnis. Aus den Brauereien werden überhaupt viele Klagen laut. In den meisten Fällen richten sich dieselben gegen die Brauereimeister.

**Achtung, Metallarbeiter!** Auf dem Eisenwerk Hirzenhain (Oberhessen) haben ca. 230 Horner, Dreher, Schlosser und Hilfsarbeiter die Arbeit eingestellt, weil trotz mehrmaliger Eingabe folgende Forderungen abgelehnt wurden: 10stündige Arbeitszeit; Minimallohn für Tagelöhner unter 20 Jahren 25 Pf., über 20 Jahren 28 Pf., für Schlosser 25 und 32 Pf., für Feuerschmiede 35 Pf., Jungschmiede 28 Pf. pro Stunde; Erhöhung der Accordlöhne und Auszahlung der Prämien; für Ueberstunden einen Aufschlag von 5 Pf. Die Haltung der Ausständigen ist gut, und wenn Zugang fernbleibt, ist ihnen der Sieg gewiß.

**Der Holzarbeiterstreik in Frankfurt a. M.** hat mit einem Erfolg der Arbeiter geendigt. Die Arbeitszeit ist wesentlich verkürzt und der Lohn um 12—15 Proz. erhöht worden. Außerdem ist in einer Anzahl von Geschäften der Freitag als Vortag eingeführt worden.

**Das erfreuliche Auswachen der Gersdorfer Glasarbeiter** konnten wir neulich melden und mitteilen, daß der Glas- und Glaser-Verband die Einmütigkeit der Glasarbeiter nicht mehr wagen wird, von seinen Leuten die Nichtmitgliedschaft des Glasarbeiter-Verbands zu verlangen. Diese erfreuliche Thatsache ist noch übertrumpft worden dadurch, daß die Glasarbeiter nunmehr dazu übergegangen sind, in einer von 1000 Mann besetzten sozialdemokratischen Versammlung mitten im gebelagerten Gersdorfer dem Ortsgeleitigen zuzurufen, daß Gersdorfs Arbeiterchaft zur Wehrzahl nicht nur aus Verbändlern, sondern auch aus Sozialdemokraten besteht. Wer da weiß, daß der eingeweihte Parteigenosse das noch vor Wochen unmöglich gehalten hätte, der versteht zu würdigen, wenn man diese imposante Glasarbeiter-Versammlung und deren Hoch auf die Sozialdemokratie einen Markstein in der niederhessischen Arbeiterbewegung nennt.

**Arbeiten, Steuern zahlen und Maul halten!** 17 polnische Arbeiter und Arbeiterinnen aus Kongreg-Polen haben in Palczyn (Posen) die Arbeit niedergelegt. Die Antwort der Polizei erfolgte prompt: sie wurden alle aus Preußen ausgewiesen.

## Versammlungen.

**Der deutsche Buchbinder-Verband** hielt am 25. Juli im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung. 3. Abrechnung von der Kassammlung und vom Festkommer. 4. Beratung der Geschäftsordnung. 5. Verbandsangelegenheiten und Verbindendes. Kollege Schumacher gibt folgenden Geschäftsbericht. Es fanden eine Generalversammlung, eine außerordentliche Generalversammlung, drei Mitgliederwahlen, zwei kombinierte Sitzungen und zehn Sitzungen der Ortsverwaltung statt. Der Mitgliederbestand am Schluß des 2. Quartals beträgt 3115, mithin ist eine Zunahme von 310 Mitgliedern zu verzeichnen. Den Kassenbericht gibt Kollege Lemser. Die Einnahme der Centralkasse betrug 9122,70 M., die Ausgabe 3114,98 M., mithin sind an die Centralkasse abzuführen 6007,72 M. Die Einnahme der Lokal-kasse betrug inklusive des Bestandes vom 1. April im Betrage von 3680,65 Mark, 6840,40 M. Die Ausgabe 2181,80 M., mithin verbleibt ein Bestand von 4158,60 Mark. Den Arbeitsnachweis-Bericht gibt Kollege Vergmann. Arbeitslos gemeldet waren 421 männliche, 254 weibliche Personen, davon Nichtmitglieder 21 männliche und 254 weibliche Personen. Verlangt wurden 231 männliche, 331 weibliche Personen. Zur Ausschilfe wurden 138 männliche und 11 weibliche Personen. Eingestellt wurden 159 männliche und 145 weibliche Personen. Zur Ausschilfe 137 männliche und 8 weibliche Personen. Nole gibt den Bericht der Bibliothekskommission. Die Einnahme betrug 63,50 M., die Ausgabe 53,50 M., mithin verbleibt ein Bestand von 40 M. Der Bücherbestand beträgt 793 gegen 779 im vorigen Quartale. Besucht wurde die Bibliothek 707 Mal. Unter Punkt 2 werden in die Ortsverwaltung gewählt als erster Schriftführer Keller, zweiter Schriftführer Gerhardt, Weißer Hellwich, Lorenz, Hofmann und Wegner. Zum dritten Punkt erstattet Lemser folgende Abrechnung. Die Kassammlung ergab 406,47 M. Die Einnahme vom Kommer betrug 426,40 M., die Ausgabe

558,55 M., so daß ein Defizit von 132,15 M. verbleibt. Der vierte Punkt wird einem Antrag Sommer zufolge verlag.

**Die Korbmacher** hielten am 23. Juli bei Wille, Andreasstr. 26, ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war, wie viele vorhergehende, schwach besucht. Zum Punkt 1 der Tagesordnung, Ergänzungswahl zur Werkstatt-Kontrollkommission, wurden die Kollegen Rosenthal und Lingner gewählt. Zu Punkt 2 Branchenangelegenheiten wurde berichtet, daß die Kollegen der Firma Robert Schmidt u. Co., Krautstr. 8, eine Werkstattigung abgelehnt hatten, da auf Geschloßhöhe, die hier angefertigt worden, 10 Pfennig pro Rumpf abgezogen worden ist, mit der Motivierung, daß nur Vorrat gemacht würde, die Submision wäre erst am 30. Juli, doch wollten die Kollegen dieserhalb bei der Firma vorstellig werden. Auch wurde mit Ach und Krach ein Vertrauensmann gewählt, denn von den 20—30 Kollegen, die dort arbeiten, wollte keiner das Amt annehmen. Diese Werkstatt, die früher eine der bestorganisierten war, ist vollständig desorganisiert, denn organisiert sind kaum die Hälfte der Kollegen, und selbst diese fühlen sich nicht geneigt, die Versammlung zu besuchen. Daß es hier so traurig aussieht, ist wohl der Furcht, aus Pfaster geworfen zu werden, zuzuschreiben, denn Herr Schmidt erklärt bei jeder Gelegenheit: „Wenn Ihnen das nicht paßt, hören Sie auf.“ Der Obmann führte deshalb etwa folgendes aus: Obgleich die Korbmacher verhältnismäßig gut organisiert sind, so sind sie doch, gelinde gesagt, zu bequem, die Versammlungen zu besuchen, und speziell sind es die Grünarbeiter, welche stets durch Abwesenheit glänzen, dieselben dachten, wenn sie ihre Beiträge bezahlt hätten, hätten sie ihre Schuldigkeit getan; das beweist wieder der letzte Streik; obgleich nicht verloren gegangen, habe er doch bei weitem nicht das gebracht, was man erwartet hätte, und davon sei in erster Linie die Interesslosigkeit der Grün-Korbmacher schuld, sie vor dem Streik so wenig die Versammlungen besucht hätten, wie es jetzt geschieht. Allen voran leisteten hierin die Kollegen der kirchlichen Werkstatt, Gartenstr. 31, etwas. Von diesen auch-Kollegen habe sich seit dem Streik noch nicht ein einziger sehen lassen, und nicht minder die Friedrichsberger und Friedrichsfelder Kollegen. Es wurde ferner bekannt gegeben, daß im Laufe des August eine öffentliche Korbmacher-Versammlung in Vichtenberg stattfinden, und gebeten, daß hierfür rege agitiert wird. Mögen diese Feilen dazu beitragen, die Grün-Korbmacher aus ihrer Schlafmüdigkeit aufzurütteln, damit sie sich ihrer Pflicht der Organisation gegenüber bewußt werden!

**Die General-Versammlung des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands,** Zahlstelle Berlin, fand am 25. d. Mts. bei Raabe, Kolbergerstr. 23, statt, um den Geschäfts- und Kassenbericht vom zweiten Quartal entgegenzunehmen. Nachdem der Vorsitzende den Bericht der Ortsverwaltung mitgeteilt, erstattete der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Redaktoren bestätigt wurde, worauf auf Antrag derselben dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Es wurde alsdann der Bericht des Delegierten von der Konferenz entgegen genommen und der Ziegeleiarbeiterstreik in Lehnin besprochen. Es wurde beschlossen, den Ziegeleiarbeitern in Lehnin 100 M. aus der Lokalkasse zu überweisen. Der Vorsitzende führte noch aus, daß es zur Kräftigung und weiteren Ausdehnung unserer Organisation der Thätigkeit jedes Einzelnen bedürfe. Die Mitglieder möchten das beherzigen und in diesem Sinne wirken.

**Der Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter** (Stralau-Hummelsburg) hielt am 29. Juli für die auf dem städtischen Markt-Abblatdeplatz beschäftigten Arbeiter eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Ehrlich referierte in trefflicher Weise über die auf genanntem Plage herrschenden fürchterlichen Mängel. Die Versammlung beschloß nach reger Diskussion der Beteiligten, der Ortsverwaltung Berlin die aufgestellten Forderungen zu unterbreiten, um von dort aus den Unternehmer, Gebr. Labbert, vor die Alternative zu stellen, entweder auf dem städtischen Plage menschenwürdige Zustände zu schaffen oder die Konsequenzen zu ziehen. Sämtliche dort beschäftigten Arbeiter sind organisiert.

## Der chinesische Krieg.

**Bremerhaven, 31. Juli.** (B. Z. B.) Die Truppen nahmen vor den beiden Schiffen Aufstellung, die sie nach China befördern sollen. Der Kaiser berief die Offiziere zusammen und richtete an sie eine kurze Ansprache. Alsdann ließ der Kaiser die Mannschaften von seinem jassischen Grenadier-Regiment vortreten und sagte ihnen einige freundliche Worte. Nachdem der Kaiser auch die Truppen von der „Kaden“ abgegrüßt hatte, bestieg er in Begleitung der Kaiserin, der Prinzessin und seines Gefolges das Schiff.

**Bern, 31. Juli.** (B. Z. B.) Die Verbindung zwischen Tschifu und Shanghai ist wieder hergestellt.

**Paris, 31. Juli.** (B. Z. B.) Admiral Courtois sandte an den Marineminister ein in Tschifu am 26. Juli aufgegebenes Telegramm, welches lautet: Es sind deutsche Anzeichen einer Vernichtung vorhanden. So ist uns insbesondere ein kaiserliches Schiff über Tschifu zugegangen, in welchem die chinesische Regierung sagt, sie sei für den gegenwärtigen Zustand nicht verantwortlich, alle ihre Handlungen seien auf Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen und sie sei noch bestrebt, die Verträge gegenüber den Fremden und den Missionen zu beobachten.

**Petersburg, 31. Juli.** (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Folgende Nachrichten sind hier eingegangen: General Grodekow meldet vom 28. Juli aus Chabarowsk: Wladowjewskischenski wurde am 26. Juli von den Chinesen beschossen, ebenso der Dampfer „Selenka“, als er den Amur aufwärts fuhr. Das Feuer der russischen Geschütze brachte die Chinesen jedoch zum Schweigen. Am 24. Juli rückte das Detachement des Generals Sacharow vor die Festung Wajantun und unternahm eine Rekognoszierung, welche ergab, daß die aus 2000 Mann bestehende chinesische Besatzung zu unterhandeln dat. Als der General sich aber der Festung näherte und die Kosaken vordrücken, eröffneten die Chinesen ein Gewehr- und Geschützfeuer, welches gegen Abend heftiger wurde. Die Chinesen flohen dann. In der Festung wurden fünf Kanonen, eine große Anzahl Patronen, vier Schiffsgeschütze und Artilleriemunition erbeutet.

**Tschifu, 29. Juli.** (B. Z. B.) Die Russen nahmen am 26. d. M. die Kutschung-Forts.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Lemberg, 31. Juli.** (B. Z.) In das Stationsgebäude von Chelwel wurde von unbekannt Personen eine Dynamitbombe geschleudert. Der Stationsvorsteher erlitt Verletzungen, das Gebäude ist stark beschädigt.

**Brüssel, 31. Juli.** (B. Z.) Die englische Postverwaltung verbietet die Anwendung der drahtlosen Telegraphie auf den Postdampfern zwischen Dover, Ostende und Calais, deren Einföhrung kürzlich von Belgien beschlossen worden war. Das Verbot ist hier unverzüglich.

**Paris, 31. Juli.** (B. Z.) Dr. Piffi war zur Zeit des Attentats gegen Carnot hier und befand sich auch unter den damals verhafteten Anarchisten, wurde aber nach dreimonatlicher Untersuchungshaft wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß gesetzt.

**London, 31. Juli.** (Meldung des Reuterschen Bureau.) Ein Telegramm des Lord Roberts meldet Einzelheiten über die Uebergabe Prinsloo und stellt fest, daß 988 Boeren gefangen genommen wurden und daß ein Kampfsünder in die Hände der Engländer fiel. Roberts sagt hinzu, einige der Führer in entlegenen Teilen der Berge gögerten noch beizutreten, und erklärten, daß sie mehr oder weniger unabhängig von Prinsloo seien. Lord Roberts erteilte Hunter den Befehl, die Feindseligkeiten sofort wieder aufzunehmen und Prinsloo anzuführen, daß er persönlich dafür verantwortlich gemacht werde, daß jedes bei seiner Truppe befindliche Geschütz ausgeliefert werden müsse.

Deutsche „Doxer“.

I. Arminius, der Befreier Deutschlands.

Arminius, Fürst der Cherusker, geboren 17. v. Chr. als Sohn des Cheruskerfürsten Sigimer, leistete im römischen Heere als Führer deutscher Hilfstruppen Kriegsdienste. In die Heimat zurückgekehrt, fand er dort in dem Jahre 5. n. Chr. zum Oberbefehlshaber des unteren Germaniens (Deutschlands) ernannten römischen Feldherrn P. Quinctilius Varus, einen Verwandten des kaiserlichen Hauses, der, wie ein unumschränkter Herrscher schallend, unter den Deutschen wie in einer Provinz Recht sprach und durch seine Dabstucht, sowie durch die Rücksichtslosigkeit, mit der er römische Sprache und Sitte einzuführen suchte, allgemeine Erbitterung erregte. Arminius, das Schmachvolle dieses Zustandes tief empfindend, aber zugleich einsichtig genug, von offener Gewalt nichts zu erwarten, fügte sich scheinbar; insgeheim aber suchte er die Cherusker und benachbarten Völker für seinen Plan zur Befreiung des Vaterlandes zu gewinnen. Als er die Zeit für gekommen hielt, ließ er im Spätsommer, 9 n. Chr., an Varus, der eben im Begriff war, mit seinem Heer vom Sommerlager an der Weser an den Rhein zurückzuführen, die falsche Nachricht gelangen, daß in seinem Rücken ein Aufruhr ausgebrochen sei. Um diesen niederzuschlagen, nahm Varus einen Umweg durch den Teutoburger Wald; als sich aber sein durch Trost und Gepäck beschwertes Heer durch die engen, wogelosen, von bewaldeten Höhen eingeschlossenen Täler mühsam durchwand, wurde es plötzlich von allen Seiten durch die Deutschen angefallen. Drei Tage wüthete das Blutbad; erst am dritten war die Widerstandskraft der Römer vollständig gebrochen, und das ganze drei Legionen nebst Reiterei und Hilfsmannschaften, zusammen über 20 000 Mann, umfassende Heer bis auf einen winzigen Rest, der sich durch die Nacht retten konnte, vernichtet. Varus stürzte sich aus Verzweiflung in sein Schwert. Als Folge der Schlacht war Deutschland bis an den Rhein von den fremden Eroberern vollständig gesäubert.

Zur Erinnerung an die That des Arminius wurde am 16. August 1875 in Gegenwart des deutschen Kaisers Wilhelm I., des von E. von Bodelschwingh gefestigte „Nationaldenkmal“ des Arminius auf der Grotenburg bei Detmold feierlich eingeweiht, nachdem 1871 zur Vollendung desselben 80 000 Mark aus Reichsmitteln bewilligt worden. Auch an der „Walhalla“ bei Regensburg, der Schöpfung König Ludwigs I. von Bayern findet sich die „Germanischschlacht“ in einem Giebelrelief verkräftlicht.

II. Major Ferdinand v. Schill.

Ferdinand v. Schill, Kommandeur des 2. brandenburgischen Fußaren-Regiments in Berlin sah im Jahre 1809 den Entschluß, Preußen durch eine kühne Unternehmung zum Krieg gegen Napoleon I. fortzuführen. Unter dem Bormand eines Feldmanövers und ohne Vorwissen des Königs Friedrich Wilhelm III. versetzte er am 28. April 1809 mit seinem Regiment Berlin, und eröffnete den Truppen bald in begeisterter Rede, bei welcher er eine Briefstafel, die die Königin Luise selbst dem „braven Herrn v. Schill“ gewidmet hatte, hochhelt, seine Wöth; am 2. Mai folgten ihm 500 Kameraden von der Infanterie. Die Absicht, das von den Franzosen besetzte Magdeburg zu überrumpeln, mußte aufgegeben werden. Schill wandte sich nach Dessau, von wo er eine Proklamation an die Deutschen, meine in den Aesten eines fremden Volks schmachtenden Brüder“ erließ, in der er sie aufforderte, die „Fesseln abzuwerfen“ und den Zustand wieder herzustellen, unter welchem „Ihr seit Jahrhunderten glücklich lebtet; bis der unbegrenzte Ehrgeiz eines kühnen Eroberers unermessliches Elend über das Vaterland verbreitete. Ernannt Euch, folgt meinem Wöth, und wir sind, was wir ehemals waren! Zieht die Sturmgloden! Dieses schredliche Zeichen des Brandes fache in Euren Herzen die reine Flamme der Vaterlandsliebe und sei für Eure Unterdrücker das Zeichen des Untergangs. Alles greife zu den Waffen. — Seinen und Pölen mögen die Stelle der Gewehre vertreten. . . . Mit kräftiger Hand geführt, wird auch die friedliche Seite zur tödlichen Waffe. Jeder greife zu den Waffen, nehme Teil an dem Ruhm der Befreier des Vaterlands; erlänpe für sich und seine Eule Ruhe und Zufriedenheit! Wer feige genug ist, sich der ehrenvollen Aufforderung zu entziehen, den treffe Schmach und Verachtung, der sei zeitweilends gebrandmarkt! Ein edles deutsches Mädchen reiche nie die Hand einem solchen Verräter! Hasset Muth! Gott ist mit uns und der gerechten Sache“ usw.

Die rechte Zeit war noch nicht gekommen! Friedrich Wilhelm III. verurtheilte die „unglaubliche That“ und forderte Schill vor ein Kriegsgericht; der König von Westfalen erließ ein Dekret, worin er einen Preis von 10 000 Franken auf Schills Kopf setzte und allen Behörden befohl, an die „Schillische Räuberbande“ Jagd zu machen; Napoleon befohl, ein Corps an der Elbe zu bilden, um den „Räuber“ Schill zu vernichten.

Die Mittel waren bald erschöpft, die Ansichten wurden immer trüber. Trotzdem verlor Schill, der am 4. Mai bei Döbendorf von einer Uebermacht, bestehend aus französischen Bataillonen und einem westfälischen Linienregiment geschlagen war, nicht den Mut. Als am 12. Mai in Arneburg, wohin er sich zurückgezogen, jene aus Berlin entwichene Infanteriecompagnie sich ihm angeschlossen, erklärte er vor den auf dem Marktplatz versammelten Truppen, daß er nicht eher den Säbel in die Scheide stecken werde, bis auch das letzte Dorf wieder frei geworden. „Sollte ich in dem Verzuge untergehen und Deutschland trotzdem nicht frei werden, nun, so ist auch dann noch ein Ende mit Schreden einem Schreden ohne Ende vorzuziehen.“

Es kam anders, als Schill und die andern Patrioten gehofft. Am 31. Mai wurde das Schillsche Corps in Strolund, wöhin es zurückzuweichen gezwungen worden, von 6000 Mann vorwärtiger Holländer und Bayern, trotz tapferster Gegenwehr, überwältigt; Schill selbst fand in dem sich entzündenden blutigen Straßenkampf durch mehrere Flintenschüsse den Tod.

Nach Preußen zurückgekehrte Schillsche Offiziere wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und mit Festung und Kaskation bestraft. Ein Teil des Corps wurde gefangen und nach Frankreich auf die Galeeren geschleppt. Elf gefangene Offiziere wurden nach Weisel gebracht und hier am 16. September 1809 erschossen. — Der Freiheitskampf war — vorläufig! — zu Ende.

Dem „Angendbunde“, dem im Frühjahr 1808 zu Königsberg gegründeten „sittlich-wissenschaftlichen Verein“, welcher außer offenen Bestrebungen zur physischen und moralischen Aufzucht des Volks u. die geheime Tendenz verfolgte, die Abschüttelung des französischen Jochs anzubahnen, wurde das verunglückte Schillsche Unternehmen mit Unrecht ausgedübelt. Trotzdem dekretierte Friedrich Wilhelm III. auf Drängen Napoleons am 31. Dezember 1809 durch eine Kabinettsordre die Auflösung des Vereins.

1845 wurde den in Wesel erschossenen Schill'schen Offizieren dort von der preussischen Armee ein Denkmal errichtet.

1827 wurde Schills Kopf, der auf Befehl des Generals Götan in Strolund von dem Leichnam getrennt und dann in Schwinn aufbewahrt in einem Leinwand unter den Köpfen berühmter Mörder und interessanter Missethäter den Besuchern gezeigt worden war, nach Braunschweig gebracht und dort neben einigen daselbst begrabenen Anmeraden in einem besonderen Mausoleum feierlich beigesetzt.

1889 erhielt das 1. schlesische Infanterieregiment zu Ehren Schills von Wilhelm II. den Beinamen „Ferdinand v. Schill“.

III. Graf Jork von Wartenburg.

Als im Dezember 1812, nachdem die „große Armee“ Napoleons in Aufruhr fast vernichtet worden, auch das Madonaldische Armecorps den Rückzug antrat, erhielt Jork, der Führer des zum französischen Heere

gestoßenen preussischen Hilfscorps, die Führung der Nachhut. In der Ueberzeugung, daß der Zeitpunkt zur Befreiung Deutschlands gekommen, schloß Jork, ohne von seinem König Friedrich Wilhelm III. dazu ermächtigt zu sein, am 30. Dezember 1812 in der Nähe von Pöschelun, unweit Tauraggen, mit dem russischen General Diebitsch eine Konvention, kraft welcher das preussische Corps neutrale Quartiere bezog. Der König, der sich noch in der Gewalt der Franzosen befand, mußte den Vertrag verwerfen und über Jork eine Unterjochung verhängen; trotzdem blieb J. aber in seinem Kommando und leitete als Generalgouverneur von Preußen die Volksbewaffnung in dieser Provinz. Bereits am 17. März 1813, als Jork in Berlin einbezogen, erklärte der König selbst in einem Armeebefehl Jorks Vorgehen für gerechtfertigt und bestätigte ihn ausdrücklich in seinem Kommando.

Das Weitere ist bekannt: Die „Freiheitskriege“ führten zur Befreiung Deutschlands — von der Herrschaft der Franzosen. Was Schill vergeblich versucht, war Jork geglückt.

Nach eingetretener Wafferruhe wurde Jork zum General der Infanterie befördert und unter Beilegung des Namens „von Wartenburg“ und Verleihung einer Dotation in den Grafenstand erhoben, 1821 zum Generalfeldmarschall ernannt.

1855 wurde in Berlin sein Standbild errichtet. 1889 wurde von Wilhelm II. ihm zu Ehren das ostpreussische Jägerbataillon Nr. 1 mit dem Namen „Graf Jork von Wartenburg“ belegt.

Internationaler Arbeiterkongress.

Paris, 26. Juli.

Der Kongress der bürgerlichen Arbeiterkongresse, der im „Musée Social“, einer sozialreformistischen Sitzung des unlängst verstorbenen Grafen Chamburn, stiftet, ist gelegentlich der Weltausstellung nach Paris zusammenberufen worden auf Initiative der zwei Pariser „Sozialdemokraten“, der Professoren Paul Canvès und Raoul Jahn, sowie unter Beteiligung des Direktors des Arbeitsamts am Handelsministerium, Arthur Fontaine, und der Leiter des „Musée Social“. Unter den Mitgliedern des „Patronage“ und „Propaganda-Komitees“ des Kongresses befanden sich für Frankreich: 27 Professoren, sozialreformistische Parlamentarier verschiedener Parteirichtungen, einschließlich der liberalen Abgeordneten Graf de Mun und Abbé Lemire. Für Deutschland haben wir hervor die Namen: Freiherr v. Verleypch, ehemaliger Handelsminister, Abg. Bassermann, Prof. Brentano, Industrieller Kreyer, Berlin, Prof. Hertner, Abg. Hise, Abg. Lieber, Abg. Köpcke, Prof. Schmöller, Prof. Sombart, Leopold Sonnemann u. a. Für Oesterreich: Prof. v. Philippowitsch-Wien, Katoja, Chef des arbeitsstatistischen Amtes u. a. Für die Schweiz: Curti, Regierungsrat in St. Gallen, Decantius, Nationalrat, Scherer, Vorsitzender des Züricher Kongresses, u. a. m. Ferner sind im Komitee vertreten Belgien, Italien, Holland, England und Spanien. Von den sozialistischen bzw. gewerkschaftlichen Mitgliedern, die aber nur zum Teil, wie auch die bürgerlichen Mitglieder, dem Kongress beiwohnen, seien genannt: Baumé, Sekretär des Gewerkschaftsverbandes des Seine-Departements; Kauter, Sekretär der Buchdrucker-Gewerkschaft Frankreichs; die französischen Abg. Groussier und Bailant, das Pariser Gemeinderats-Mitglied Navarre, die belgischen Abg. Vermandt und Vanderweide, der Brüsseler Professor Denis, der schweizerische Arbeitersekretär Grenlich und Otto Lang-Zürich, Sidney und Beatrice Webb-London.

Die deutsche Sozialdemokratie beteiligt sich bekanntlich an diesem Kongress nicht.

Der Kongress tagte vom 26. bis 28. Juli einschließlich. Seine Tagesordnung umfaßt folgende vier Punkte: Gezielte Beschränkung des Arbeitstages, Verbot der Nachtarbeit, Fabrikinspektion, internationale Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschutz (Schaffung eines ständigen internationalen Bureaus).

Die feierliche Eröffnungssitzung fand unter dem Vorsitz des Handelsministers Millerand am 26. Juli statt. Der Minister sprach eingehend die Bedeutung des Kongresses, insbesondere an die Schaffung eines ständigen internationalen Bureaus große Hoffnungen knüpfend. Von großer Tragweite schien ihm die Vereinigung von so vielen hervorragenden Gelehrten und Männern der Praxis zum eminent friedlichen und humanitären Werk des Arbeiterschutzes.

Erster Verhandlungstag, Vormittag.

Vorsitzender Prof. Canvès. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Gezielte Beschränkung des Arbeitstages“ ergreift das Wort zunächst Prof. Raoul Jahn, französischer Richter am Tribunal. Er skizziert die Geschichte der arbeitsgesetzlichen Beschränkung seit 1848 und speziell die Vorgeschiede des neuesten Gesetzes vom 30. März 1900. Der Wert dieses Gesetzes liegt erfindend in der Vereinheitlichung der Arbeitszeit aller Kategorien in den gemischten Betrieben und in dem Verbot des Melais-Systems, was die Durchföhrung garantiert, indem in der Festsetzung der Arbeitszeit, zunächst auf 11, in 2 Jahren auf 10½ und in weiteren 2 Jahren auf 10 Stunden. Was den Elfsündentag betreffe, so könne er auf keine Schwierigkeiten stoßen, weil er seit dem Gesetz von 1892 vielfach sich bereits eingebürgert habe. Er hoffe aber auch, daß der Zehn-Elfsündentag, trotz des zu erwartenden erheblichen Widerstandes der Industriellen, durchdringen werde.

Et ruve, holländ. Fabrikinspektor, will um seine persönliche Ansicht vorlegen, obwohl er von seiner Regierung zum Kongress delegiert sei. In Holland bestehe ein Arbeiterschutz-Gesetz für jugendliche Personen (unter 16 Jahren) und Frauen seit 1890. Das Gesetz erstreckt sich auf die gesamte Industrie. Der Arbeitstag betrage elf Stunden, die Nachtarbeit sei von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten, ebenso die Sonntagsarbeit mit wenigen Ausnahmen. Anfangs wäre das Gesetz auf starken Widerstand seitens der Industriellen gestoßen und nur drei Inspektoren seien für ganz Holland ernannt worden. Jetzt aber sei das Gesetz liberal angewendet. Die Erfahrung habe gezeigt, daß man in 11 Stunden ebenso viel schaffe als in 12 und mehr als in 13 oder gar 14.

Prof. Bourquin. — Er teilt mit die Ergebnisse seiner persönlichen Untersuchung über die Folgen der Anwendung des neuen französischen Gesetzes im Norddepartement. Nach der Enquete des Arbeitsamts von 1897 arbeiteten dort, trotz des Gesetzes von 1892, mehr als 11 Stunden die Frauen und Kinder in 27 Proz. der Betriebe mit 20 Proz. der Arbeiter. Also habe das neue Gesetz in diesen Betrieben die Arbeitszeit verkürzt und nirgends habe es eine Verlängerung zur Folge gehabt.

Zu allgemeinen warnet Redner vor abstrakten Behauptungen in Bezug auf die Folgen der Arbeitszeitverkürzung für die Produktion. Ein Rückgang derselben sei möglich.

Was den in vier Jahren einzuföhrenden Zehn-Elfsündentag betrifft, so werde es mit dessen Anwendung in der Spinnerei schwer gehen. Der Lohn werde sich nach der Lage des Marktes zur gegebenen Zeit richten.

Zum übrigen sei das neue Gesetz von Arbeitern und Arbeitgeberern ähnhch angenommen worden, von letzteren als ein Mittel gegen die Ueberproduktion, der sonst infolge der Konkurrenz nicht gesteuert werden konnte. Das Gesetz sei notwendig gewesen, weil die Arbeiterorganisationen zu schwach seien, um die Verkürzung aus eigener Kraft zu erringen. Auch sähen die breiten Schichten der Arbeiter vor allem auf den Lohn.

Redner verweist noch darauf, daß das neue Gesetz eine Verbesserung des Betriebes zur Folge gehabt und erwähnt die Regierungen aller Länder, sich nicht hinter den kapitalistischen Egoismus zu verhängen, noch auch hinter den Rücksicht auf die inter-

nationale Konkurrenz und nach französischem Beispiel den Zehn-Elfsündentag einzuföhren.

Luzzatti, ehemaliger Finanzminister Italiens, begründet im allgemeinen die Notwendigkeit der gesetzlichen Intervention. Die individuelle Initiative könnte nur dann etwas anrichten, wenn alle Unternehmer Heilige und alle Arbeiter Engel wären. In Bezug auf Italien betont er, daß gerade die Schutzgüter die rabiatesten Gegner des Arbeiterschutzes gewesen seien und noch seien. Möge die internationale Schutzgesetzgebung Fortschritte machen, damit auch Italien davon profitiere. Redner hofft auf zukünftige internationale Arbeiter-schutzverträge, die eine Ergänzung der Handelsverträge wären.

Freiherr v. Verleypch antwortet zunächst auf die Anfrage des Prof. Bourquin, daß das Bestehen von 3 verschiedenen Kategorien in den gemischten Betrieben (junge Leute 10 Stunden, Frauen 11 Stunden, und Männer, die nicht geschäftig sind) in Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, keine Schwierigkeiten verursacht hätte. Das Gesetz sei nach einiger Zeit durchweg zur Anwendung gekommen. Bei erstem Willen und strenger Handhabung des Gesetzes wäre das auch in Frankreich möglich gewesen. Der Wert des französischen Gesetzes von 1900 liegt nicht in der Vereinheitlichung der Arbeitszeit, sondern im Beweis für die Durchföhrbarkeit eines Gesetzes in den Textilfabriken. Dann sei die Verkürzung auf 10 Stunden ein Fortschritt, zu welchem er Millerand herzlich beglückwünsche. Für sein Vaterland wäre die Vereinheitlichung nicht bequem, es widerspreche der Natur, daß ein Jüngling von 15 Jahren ebensowohl arbeite wie ein kräftiger Mann. Er hoffe, daß 1904 dann in Frankreich für Minderjährige noch ein kürzerer Arbeitstag als 10 Stunden eingeföhrt werde.

Für Deutschland empfiehlt Redner Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und Männer auf 11 Stunden und nach 4 Jahren auf 10 Stunden, und für die jungen Leute (von 14 bis 18 Jahren) vielleicht auf 8 Stunden (anstatt der bisherigen 10). Nach Lage der Industrie wäre das mit einigen Ausnahmen und Uebergangsbestimmungen durchaus möglich. Wenn das deutsche Gesetz von 1891 seinen Maximaltag für Männer eingeföhrt, so nicht aus prinzipiellen Bedenken, sondern aus Furcht, auf einmal zu viel Änderungen zu bringen. Die Erfahrung aber habe gezeigt, daß seit 1891 kein Mangel an der Produktion nach des Lohns eingetreten sei. Daher sei heute ein gesetzlicher Maximaltag auch für Männer möglich. Das erfordere nicht nur die Gesundheit des Arbeiters, sondern auch dessen Beteiligung an den Lebensfreuden, vor allem an den Familienfreuden.

Schluß der Vormittags-Sitzung 12 Uhr.

Paris, 27. Juli.

Erster Verhandlungstag, Nachmittag.

Vorsitzender Freiherr von Verleypch. — Die Debatte über die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit wird fortgesetzt.

Dr. Pieper (Sekretär der Volkvereine für das katholische Deutschland) München, vorbereitet sich über die neueste kaiserliche Verordnung betreffend die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf Werkstätten mit mechanischen Motoren.

Professor v. Philippowitsch-Wien: In Oesterreich bestche seit 1885 ein Elfsündentag-Gesetz für Fabriken. Auch die österreichischen Industriellen, wenigstens einzelne von ihnen, hätten damals erklärt, sie wollten lieber ihr Kapital ins Meer werfen, als unter dem neuen Gesetz arbeiten lassen. Natürlich aber habe das Gesetz keine Nachteile für die Produktion gebracht. Uebrigens gestalte das Gesetz Ausnahmen, darunter die im Hinblick auf die Aufgabe dieses Kongresses besonders erwähnenswerte Ausnahme für die Seiden-spinnereien in Südtirol. Dort werde bis heute 13 Stunden gearbeitet, weil in Norditalien die Seidenspinnereien der gleichen Nationalität unter den gleichen klimatischen und sonstigen Bedingungen 13 und mehr Stunden arbeiten. Nun habe Herr Luzzatti vorhin wenigstens von der Ansicht auf Einführung des Elfsündentags in Norditalien gesprochen. Der hier anwesende Vertreter des österreichischen Handelsministeriums werde davon Notiz nehmen. Gelingen es, auf diese Weise den Seidenspinnereien von Südtirol den Elfsündentag zu sichern, so werde dieser Kongress nicht unfruchtbar geblieben haben. — Nach den Angaben der österreichischen Fabrikinspektion werde in 48½ Proz. der Fabriken weniger als 11 Stunden gearbeitet. Die geographische Verteilung dieser Fabriken zeige jedoch, daß auf die industriell entwickeltesten Gegenden deren 60, 70 und 80 Proz. entfallen, während in den Gegenden mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, mit Handindustrie und Handwerk der Prozentatz unbedeutend sei. Das heißt, die weitere Verkürzung sei nur dort zu finden, wo die organisierten Arbeiter einen Druck ausüben könnten.

Im Gegensatz zu Verleypch meint Redner, das Gesetz könne nicht viel über die tatsächlichen Verhältnisse hinausgehen. Die Arbeiter gewöhnen sich durch Organisation immer mehr Terrain dem kapitalistischen Strom ab. Sache des Gesetzes sei es, dies Terrain einzudämmen, damit die Arbeiter nicht wieder verdrören, was sie gewonnen. Anfangs sei der Widerstand gegen das Gesetz von 1885 in der Textilindustrie besonders stark gewesen, heute arbeite man in dieser Industrie meist 10 Stunden. Diese Erregung müsse man durch das Gesetz fassen.

Bourcines, Fabrikinspektor in Nancy, begründet im Einverständnis mit Baumé, dem Sekretär des Pariser Gewerkschaftsverbandes, und Thierart, dem Sekretär der Gewerkschaften von Rennes, folgende vier Resolutionen: 1. Ausdehnung des franz. Gesetzes von 1900 auf alle Räume, die auch in nicht gemischten Betrieben arbeiten; 2. Abschaffung des Dekrets von 1891, das eine Reihe Ausnahmen gegenüber dem Gesetz von 1848 einföhrte und jetzt von Unternehmen zur Umgehung des Gesetzes von 1900 benutzt wird; 3. Ausdehnung des neuen Gesetzes auf Arbeiter, die in der Wohnung des Arbeiters vertrieht werden, aber auf Rechnung des Unternehmers, was besonders in der Bekleidungsindustrie zur Umgehung des Gesetzes praktiziert wird; 4. Einföhrung eines allgemeinen gesetzlichen Vorkommnisses, was ein indirektes Mittel zur Beschränkung der Intensität der Arbeit wäre.

Es sei noch erwähnt, daß Baumé in der gestrigen Sitzung eine Resolution auf Abschaffung des französischen Gesetzes von 1872 gegen die Internationale beantragt hat.

Rivière, Ingenieur und Zunderreibsther in Paris, befürwortet einen von ihm angeregten „Grenztag“, der je nach den Industrien 8 bis 10 Stunden betragen müsse, sowie die Einföhrung von „gemischten Ausschüssen“ aus Unternehmern und Arbeitern nach dem Muster der im Buchdruckergerwerbe zu beiderseitiger Zufriedenheit funktionierenden Ausschüssen, in denen Vertreter der Unternehmergewerkschaft und der Unternehmer-Organisation sitzen. Alle sozialen Gesetze wären vorher von jenen Ausschüssen zu beraten. Im übrigen will Redner „die Industrie vor dem Kapitalismus retten“, der die Folge des Majakmensweins sei. Arbeiter und Unternehmer hätten einen gemeinsamen Feind — den Kapitalismus nämlich.

Prof. Canvès erinnert an die Bestimmung der Geschäftsordnung, die jedes Votum über Resolutionen unschätzlich, ausgenommen die Fälle, wo das Bureau annehmen laßt, daß die betreffende Resolution der „allgemeinen Empfindung“ entspricht. Diese Bestimmung habe zum Zweck, jede Mißgunst zu verhindern, damit der Kongress seiner Hauptaufgabe, die Schaffung eines internationalen Bureaus, erfüllen könne.

Champy, Delegierter der Zwillingergerwerkschaft, bekämpft die seltsame Bestimmung der Geschäftsordnung, aber ohne Erfolg.

Prof. Reischberg-Bern, Vertreter der schweizerischen Vereinigung zur Förderung des Arbeiterschutzes, gesteht, soeben erst von jener Bestimmung erfahren zu haben. Er habe beabsichtigt, einen Antrag zur Abkündigung zu bringen zu lassen, der sich im Prinzip für den 11. Elfsündentag erklärt und für die sofortige Einföhrung des Zehn-Elfsündentags. Das Prinzip der gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit genüge nicht, man müsse auch die Grenze und den Weg bestimmen. Heute werde schon vielfach 9 und sogar 8 Stunden gearbeitet. Herr v. Verleypch habe

von der Notwendigkeit eines neutralen Standpunkts gesprochen. Nun hätten neutrale Arbeiterkongresse den Achtstundentag votiert. Unser Kongress müsse mit den Arbeitern gehen, die für den Achtstundentag demonstrierten — darin liege seine Stärke.

Dr. Max Hirsch, Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, unterscheidet zwischen Frauen und Kindern einerseits und Männern andererseits. Mit Verlemp ist er für den gesetzlichen Achtstundentag für Kinder bis 18 Jahren. Was die Männer betrifft, so ist er mit dem Ziel des Zehnstundentags einverstanden, aber nicht mit dem Weg der staatlichen Einmischung, und zwar in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaften. Er sei kein prinzipieller Gegner der Staatshilfe. Wenn man nicht anders könne, dann müsse das Gesetz eingreifen. Aber in der bisherigen Diskussion habe er die Betonung des Wertes der Organisation für den Arbeiterkampf vernichtet. Erwachsene Männer hätten den staatlichen Schutz nicht nötig. Prof. Reichesberg habe ja vom bestehenden Reim- und Achtstundentag gesprochen. Dieser aber ist durch die Organisation, ohne den Staat, errungen worden. In Deutschland sei auf diesem Weg seit einem Jahrzehnt die Arbeitszeit um 1, 2 und 3 Stunden verkürzt worden. Dieses Resultat sei auch dem Fortschritt der Kultur und dem Wohlwollen der Arbeitgeber zu verdanken, in der Hauptsache aber den Organisationen.

Am Schluss der Sitzung konstatiert bloß der Vorsitzende die allgemeine Uebereinstimmung, daß man in der Richtung zum Zehnstundentag zu wirken habe. Eine Abstimmung wird nicht vorgenommen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Frauenarbeit in Fischzucht.** Ederförde und Vordy sind Fischereien im wahren Sinne des Wortes. So ungewiß die Deute, so schwankend der Ertrag beim Fischen ist, so unregelmäßig ist auch die Arbeit in den Fischereien. War der Ertrag des Fisches ein reichlicher, so heißt es, die Fische schleimig zu verarbeiten. Müssen doch die sogenannten „Strohbindlinge“ innerhalb von zwei Stunden fertig geräuchert sein. Verarbeitet werden die Fische ausschließlich von Frauen. Die sogenannte „grüne Ware“ wird in große Säbel mit starker Salzlauge geschüttet, wo sie eine Stunde lang liegen bleibt. Nachdem die Fische genügend durchsalzt worden sind, werden sie auf dünne Eisenstäbe gezogen. Die aufgezogenen Fische werden durch mehrmaliges Untertanzen in frischem Wasser abgeseilt, zum Trocknen aufgehängt, noch besonders abgetrocknet und dann geräuchert. Für die gesamte Arbeit erhalten die Frauen pro „Ball“ (80 Stück) 3-4 Pfennig. Die Frauen, die jahrelang in den Fischereien beschäftigt sind, haben es zu einer wahren Virtuosität in ihrer Arbeit gebracht, so daß sie 40-50 Pfennig pro Stunde verdienen können. Die Arbeit ist jedoch außerordentlich gesundheitsschädlich. Das intensive Daranlosarbeiten spannt die Nerven ungebührlich an und ab. Dazu kommt, daß die Arbeiterinnen unangenehm in der Salzlauge hantieren müssen. Ist ein guter Gang gemacht worden, so ist es nicht seltenes, daß die Arbeit munterbrochen 16-18 Stunden dauert. In einigen Fischereien wollen dann die Mäucherer den Frauen nicht einmal Zeit zum Essen lassen. Wenn die leichte Verderblichkeit der Fische es auch erheischt, daß die Verarbeitung schnell vor sich geht, so könnte doch sehr wohl durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeiterinnen die tägliche Arbeitsdauer abgekürzt werden. Durch zahlreiches Eintreten in die gewerkschaftliche Organisation suchen die Frauen in letzter Zeit eine größere Einheit unter sich herbeizuführen, um dann selbst die Abstellung der schwer empfundenen Uebelstände durchsetzen zu können. Hoffentlich gelingt es durch unermüdliches Hinwirken auf die schädlichen Folgen der üblichen Arbeitsmethode, auch die Gleichgültigen allmählich in die Reihen der kämpfenden zu treiben.

**Eine Frauen-Universität besteht in Konstantinopel,** die nach dem Muster der amerikanischen Universitäten eingerichtet ist und von Schülerinnen aus Griechenland und Albanien, Kleinasien und Syrien, Ägypten und Spanien, Rumänien und Bulgarien besucht wird. Die Vortragssprache ist englisch, die Professoren sind meist Amerikanerinnen. Der Lehrplan entspricht dem der amerikanischen Universitäten, soweit die orientalischen Sitten es gestatten. Der Sport wird sehr gepflegt. Die Schülerinnen haben Tennis-, Ruder- und Reitsport. An der Anstalt haben bereits 122 Mädchen promoviert, von denen die Hälfte ihre Kenntnisse praktisch verwendet. Gegenwärtig zählt die Universität 160 Schülerinnen, 80 interne und 80 externe. Der Andrang ist so groß, daß 100 Schülerinnen in einem alten Nachbarhaus der Anstalt unterrichtet werden müssen. Die Regierung sorgt nur für die Mohamedanerinnen.

## Sociales.

**Unfallverhütungs-Vorschriften.** Aus Anlaß der Pariser Weltausstellung, bezugnehmend auf die Gruppe: „Die Arbeiterversicherung des Deutschen Reichs“ hat der Verband der deutschen Berufsvereinigungen die von den deutschen gewerblichen Berufsvereinigungen erlassenen Unfallverhütungs-Vorschriften systematisch übersichtlich zusammengestellt und die vor einigen Jahren vom Verband beschlossenen Normal-Unfallverhütungs-Vorschriften in französischer Sprache drucken lassen. Beide Werke sind der betreffenden Ausstellungsgruppe zum Zweck der Verteilung an die besonders interessierten Kreise zur Verfügung gestellt worden. Das Reichs-Versicherungsgesetz hatte die Absicht, auf der Pariser Ausstellung eine umfassende Darstellung der Arbeiterversicherung des Deutschen Reichs in allen ihren Zweigen zu bieten; hierbei sollte ganz besonders auch an Modellen gezeigt werden, welche Einrichtungen zur Unfallverhütung zur Zeit in praktischer Anwendung stehen. Diese Absicht mußte leider aufgegeben werden, da der für eine solche umfassende Darstellung notwendige Raum von der Ausstellungsleitung nicht zur Verfügung gestellt wurde. Um dem Zweck einigermaßen zu dienen, beschloß der Verband deutscher Berufsvereinigungen die Herausgabe des oben bezeichneten Werkes. In systematischer Weise finden sich hier die Normal-Vorschriften des Verbandes und die besonderen Bestimmungen der einzelnen Berufsvereinigungen aufgeführt. Allgemeine Vorschriften sind namentlich erlassen bezüglich der Betriebsanlage, Betriebsführung, der persönlichen Ausrüstung der Arbeiter, Dampfessel, Kraftmaschinen, Transmissionsen, Fürsorge für Verletzte u. s. f. Sodann folgen die für die einzelnen Berufe geltenden Vorschriften. Aus dem Vorwort erfahren wir, daß bisher nur drei von den bestehenden 65 gewerblichen Berufsvereinigungen von dem Reichs-Versicherungsgesetz Unfallverhütungs-Vorschriften zu erlassen, keinen Gebrauch gemacht haben. Daß trotz der überaus großen Menge von Unfallverhütungs-Vorschriften die Zahl der Unfälle sich nicht vermindert, beweist, daß die Vorschriften leider vielfach nur auf dem Papier stehen.

**Eine unglückliche „Sorglosigkeit“ der Duisburger Stadtverwaltung** hat hier eine böse Epidemie, Unterleibsruhr, heraufbeschworen. Schon im vorigen Jahre gingen Gerüchte um, daß Wasserwerk sei nicht in der Lage, den gestellten Ansprüchen zu genügen. Es geschah aber nichts. Vor einigen Wochen trat nun der Unterleibsruhr epidemisch auf. Angestellte Untersuchungen gaben den Ärzten die Gewißheit, daß schlechtes Trinkwasser die Ursache der Seuche sei. Ein Stadtverordneter, Arzt, richtete daraufhin an die Verwaltung die Frage, ob es wahr sei, daß das Wasserwerk unfiltriertes Wasser der Ruhr entnehme und der Bürgererschaft zuführt? Der Wasserdirektor möchte sich zu der sensationellen Antwort bequemen, schon im August vorigen Jahres sei er genötigt gewesen, die Stadt zum Teil mit unfiltriertem Wasser zu versorgen (!) Späteren Versuchen des Oberbürgermeisters, das Verhalten der Verwaltung zu entschuldigen, traten verschiedene Stadtverordnete entgegen, ebenso mehrere Ärzte durch die Presse. Die durch die „Sorglosigkeit“ der Verwaltung heraufbeschworene Seuche nimmt an Ausdehnung zu. Aus der Umgegend von Duisburg wird auch schon vom Auftreten der Epidemie berichtet. Aus der Stadt Duisburg wurden in der Woche vom 8. bis 15. Juli 69 Erkrankungsfälle, darunter 3 tödliche, in der Woche vom 15. bis 21. Juli

69 Erkrankungsfälle, darunter 10 tödliche, der Behörde gemeldet. In den ersten drei Tagen dieser Woche kamen 80 Erkrankungsfälle zur Anmeldung. Die öffentliche Sicherheit ist also in Duisburg aufs äußerste bedroht. Bedroht durch die „Sorglosigkeit“ der Stadtverwaltung, die in Bezug auf die Arbeiterbewegung eine ganz besondere „Kengstlichkeit“ zeigt. Vor einigen Wochen hielten die Arbeiter-Gesangsvereine von Rheinland ihren Verbandstag in Duisburg ab. Ein Festzug durfte nicht stattfinden mit Rücksicht auf die „öffentliche Sicherheit“. Hoffentlich wird dem Oberbürgermeister jetzt klar gemacht, wo und wie er für die öffentliche Sicherheit zu sorgen hat.

**Aus unserer verkehrten Gesellschaftsordnung.** Während aus allen Landesteilen berichtet wird, daß besonders in der Textilindustrie infolge der chinesischen Waren die Geschäfte schlecht gehen, müssen in der Grafschaft Blag die Arbeiter des dortigen Centralbureaus für Handweberei usw. in letzter Zeit Tag und Nacht arbeiten, um Wäschehäufe und Stoffe zur Auslieferung der nach China gehenden Truppen fertig zu stellen.

**Teilnahme von Ärzten an der Gewerbe-Aufsicht.** Der Unzulänglichkeit der bisherigen Gewerbe-Aufsicht macht sich immer mehr geltend. Dem Verlangen nach weiblichen Aufsichtsbearbeitern haben sich die Behörden nicht länger verschließen können. Beim Vergleichen und Vergewaltigen hat man, gedrängt durch die vielen vorgekommenen Unfälle, Arbeiter zur Mitwirkung bei der Ueberwachung der Betriebe heranziehen müssen und man wird es bald in andern Betrieben ebenfalls müssen. Auch Ärzte müßten mehrfach zur Mitwirkung herangezogen werden. Dem einerseits kann nur ein Arzt beurteilen, ob eine Betriebsweise gesundheitlich unbedenklich ist, andererseits kann er eine Erkrankung nur dann sicher zur Heilung bringen, wenn er die Umstände genau kennt, die die Erkrankung herbeigeführt haben oder unter denen sie entstanden ist. Für viele Betriebsarten ist bereits gegenseitig eine solche Mitwirkung vorgesehen, wir nennen die Spiegelbelegen, Weißfarbentfabriken, Thomashäutemüllern, Alkaliromatfabriken, Zinkhütten und Schleiereien. Sorgfältige Aufsichtsbearbeiter fühlen selbst, daß sie einer solchen ärztlichen Unterstützung auch bei den Revisionen vieler anderer Betriebsarten bedürften. Badische, hessische und bayerische Gewerbe-Inspektoren haben Rechte auch öfter zur Teilnahme an den Revisionen von heimischen Fabriken, speziell Anilin- und Nohrrißfabriken, von Glashütten, Porzellanfabriken, mechanischen Webereien u. veranlaßt. Im vorjährigen Bericht des Aufsichtsbereichs Hessen II wird ausdrücklich die Mitwirkung der Ärzte bei den Revisionen als ganz besonders fruchtbringend hervorgehoben. (Bei Betriebsartenärzten, die von den Betriebsleitern selbst angestellt sind, dürfte das freilich nicht immer der Fall sein.) Auch in den Jahresberichten der badischen Bezirksärzte ist es mehrfach als im dienstlichen Interesse notwendig bezeichnet worden, daß Ärzte an den Besichtigungen der Fabrikanlagen durch Beamte der Gewerbeinspektion von Zeit zu Zeit teilnehmen. Wie die „Norddeutsche Zeitung“ jetzt mitteilt, wird die badische Fabrikinspektion künftig dementsprechend verfahren und um diese gemeinsamen Besichtigungen möglichst erspriehlich zu machen, werden die Bezirksärzte zugleich aufgefordert, den Beamten der Fabrikinspektion diejenigen Anlagen zu bezeichnen, deren gemeinschaftliche Besichtigung sie namentlich für notwendig halten, und welche hygienischen Gesichtspunkte bei den Besichtigungen vorwiegend vorzuzugewiesen in Frage kommen werden, damit auch eventuell notwendige Vorbereitungen, Informationen und Vorbereitungen dazu stattfinden können.

Wie fast jeder soziale Fortschritt, wird auch die allgemeine Teilnahme der Ärzte an der Gewerbe-Aufsicht erst in den deutschen Kleinstaat in das Leben treten müssen, ehe sich der norddeutsche Großstaat zu ebenbürtigen bequemt, wie ja auch in diesem die Reform des ganzen Medizinalwesens am meisten im Rückstande ist.

**König Stumm findet Nachahmer.** Wir berichteten dieser Tage, daß König Stumm sich an den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht kehrt, sondern laut Arbeitsordnung seinen Arbeitern für kurze Zeitsummen keine Entschädigung gewährt. Jetzt hat auch der konservativ-ultramontane Reichstagsabgeordnete Graf Wagnitz für seine im schlesischen Kreise Neumarkt belegene Rubengrube einen ähnlichen Zusatz zur Arbeitsordnung erlassen. Der Zusatz lautet: „Für nicht verfabrene Schichten wird eine Vergütung nicht gewährt, auch wenn die Versammlung durch einen in der Person des Arbeiters liegenden Grund ohne sein Verschulden herbeigeführt wurde.“

**„Ungeeignet“.** Der Vorstand der Orts-Krankenkasse in Schleiditz hat sein Statut zur Kenntnisnahme eingereicht und dabei mitgeteilt, daß das „Halle'sche Volksblatt“ als zweites Publikationsorgan für die Kasse dienen soll. Er erhielt darauf folgende löstliche Antwort:

Der Bezirksauschuh zu Merseburg, Journal-Nr. V. A. 2094 am 29. Juli 1900.

Beisatz:  
Dem zur Genehmigung vorgelegten revidierten Statut der Orts-Krankenkasse zu Schleiditz wird die Genehmigung verweigert, weil das im § 6, Abs. 2 des Entwurfs als zweites Publikationsorgan genannte Halle'sche Volksblatt als ungeeignet für die Aufnahme von Bekanntmachungen der Kasse anzusehen ist.  
Stempel. Der Bezirksauschuh zu Merseburg, Klingholz.

Kommentar überflüssig.

**Vergarbeitsfreunden.** Aus Bochum wird uns geschrieben: Die Zeche „Königsborn II“ bei Heeren sandte jüngst wieder einen Steiger und einen Bergmann nach Ungarn, um frische Arbeitskräfte anzuwerben; der „Streikzug“ ist aber vollständig resultatlos verlaufen, die Herren brachten keinen einzigen Mann mit. Neben dem Verlust der Reisekosten hat aber die Zecheverwaltung noch ein ansehnliches Sämmchen zahlen müssen, um ihren Steiger in Ungarn wieder flott zu machen; die dortigen Behörden waren hinter sein anrüchliches Geschäft gekommen und hatten ihn ohne großes Federlesen eingesperrt. Die Behandlung der Leute auf der Zeche ist eine außergewöhnlich „onständige“. Als jüngst ein Ungar auf der Steigerhube vorsprach und um höheres Gehalt ansuchte, flog er einfach hinaus. Selbstverständlich wird auch mit dem Deutschen in dieser Beziehung keine Rücksicht genommen. — Die Hundstagsbühne scheint überhaupt auf die Köpfe mancher Beamten recht bedenklich einzuwirken. Die Strafen die tagtäglich über die Arbeiter verhängt werden, übertreffen alles bisher dagewesene. So wurden z. B. auf Kaiserstuhl I bei Dortmund am 17. Juli laut Anschlag 70 Mann mit a 2 M. und 36 mit a 1 M., am 18. Juli 52 Mann mit a 2 M. und 16 mit a 1 M. bestraft. Das sind in zwei Tagen 296 Mark Straf-gelder, und so geht es Tag für Tag. Es scheint sonach, als wenn unter den Bergleuten alle Bande der Disziplin und Ordnung gelöst wären, die selbst durch harte Geldstrafen nicht mehr wieder herzustellen seien. Die Riesengewinne der Zechen strafen aber diese Meinung nicht.

**Aufschwung der schweizerischen Maschinenindustrie.** Der Vorstand des Vereins schweizerischer Maschinenindustrieller berichtet über das Jahr 1899: Auch für das Jahr 1899 ist eine bedeutend gesteigerte Thätigkeit der schweizerischen Maschinenindustrie zu verzeichnen, welche sowohl in den Ausfuhrziffern für deren Erzeugnisse und in der vermehrten Einfuhr der von ihr verarbeiteten Rohprodukte und Halbfabrikate, als auch in der Zunahme der von ihr beschäftigten Arbeiter zum Ausdruck kommt. Diese vermehrte Leistung geht Hand in Hand mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunge der Schweiz, der immer größerer Entfaltung ihrer Industrien im allgemeinen, ihres Verkehrslebens usw.

Die von der schweizerischen Maschinenindustrie ausgeführten Erzeugnisse sind im Jahre 1899 dem Gewichte nach um 14,5 Proz., dem Werte nach um 18,1 Proz. gegen 1898 gestiegen, wobei die Anzahl der in der schweizerischen Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter von 23.731 mit Ende 1898 auf ca. 26.358 mit Ende 1899, somit um 11 Proz. zugenommen hat, und die Einfuhr von vorgearbeiteten Maschinenteilen rund Fr. 6.500.000 betrug, d. h. volle 32,5 Proz. mehr als im Vorjahre.

Die Maschinenanfuhr hat im ganzen für die in Betracht gezogenen Positionen den Wert von Fr. 44.018.380 erreicht, um

Fr. 6.749.207 mehr als im Jahre 1898, welches seinerseits eine Zunahme von Fr. 4.018.706 zu verzeichnen hatte. Dagegen ist die Maschinenanfuhr zwar auch erheblich, auf Fr. 33.874.547 gewachsen, doch bleibt die Zunahme von Fr. 2.797.005 gegen die im Jahre 1898 verzeichnete Steigerung von 4.056.251 stark zurück.

Da im Jahre 1899 der wirtschaftliche Aufschwung der Schweiz mit jenem der Nachbarländer und besonders Deutschlands mindestens Schritt gehalten hat, darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Produktion der schweizerischen Maschinenindustrie für den inländischen Bedarf im gleichen oder in noch stärkerem Maße thätig gewesen ist, wie für den Export — namentlich waren es haltend der Ausbau von Elektrizitätswerken und die damit in Verbindung gebrachten Neu- und Ausbauten von industriellen Gebäuden, welche ihm Arbeit boten. Der Großteil der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter fällt mit 11.314 von zusammen 26.358 auf das Gebiet des Kantons Zürich.

Am Montag früh erkrankte nach langen schweren Leiden mein innig geliebter Mann, unser unvergeßlicher Vater. 21776

**Karl Platkowski**  
im 46. Lebensjahre.  
Dies zeigt sich durch an  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Donnerstags, den 2. August, nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes, Wilhelmstraße, aus statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser guter Vater, der Professor

**Hermann Giesemann**  
nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Donnerstagsmittags 3 Uhr vom Krankenhaus am Urban aus statt.  
**Wwe. Giesemann**  
nebst Kindern. 21768

**Dankagung.**  
Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme und die überaus zahlreichen Franzosen anlässlich der Beerdigung meiner lieben, guten Frau, unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

**Anna Krause geb. Kiehn,**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein Malglockchen I und meinen lieben Kollegen U. E. G. herzlichsten Dank.

Zu Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Max Krause.**

Von der Heide jurist. 21790  
Dr. med. S. Lewy, prakt. Arzt zc.  
Swinemünderstr. 126.

**Verhandlung Vorwärts, Berlin SW., Genthstr. 2.**  
Eobert erschien der vom Genossen Paul Singer erstattete  
**Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 11. November 1899 bis 12. Juni 1900.**  
Die Broschüre ist 48 Seite stark, mit Umschlag versehen und kostet 10 Pfg. — Porto 3 Pfg.  
Der Verfasser — selber in der Vorderreihe des parlamentarischen Kampfes stehend — schildert in gedrängter und übersichtlicher Weise die Stellung unserer Partei zu den verschiedenen Positionen des Reichstags, die Stellung zu den einzelnen Gesetz-Entwürfen, sowie die gesamte umfassende Thätigkeit unserer Fraktion, die, auf dem Boden unseres Programms stehend, ein richtiges Stück praktischer parlamentarischer Arbeit im Dienste der arbeitenden Klasse verrichtet hat.  
Hierin liegt der große agitatorische Wert des Büchleins, das wir hiermit bestens empfehlen.

**Partei-Expeditionen:**  
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. — SO.: Fritz Thiel, Stollgasse 35 v. part. — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl An der S., Solmschöcherstr. 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstraße 14. — Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Warg, Kahanen-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schmarberg, Seelenheimerstr. 1, Ecke Weichstr., v. 1 Treppe. — Deutsch-Wilmersdorf: Th. Müller, Berlinerstr. 132/133, rechter Seiten, und B. Ridel, Auguststr. 3, v. I. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Wolf, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4, vom 1. Juli ab Frankfurt Allee 177. — Grünau: Engel, Dahmebrücke 6. — Hixdorf: Ostermann, Größ. 6. — Schöneberg: Wlth. Baumler, Apffel Paulstr. 13, Duergebäude Hoch. — Ober-Schöneweide: Otto John, Wilhelmshofstraße 18. — Nieder-Schöneweide: Carl Weber, Cigarrengeschäft — Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstr. 39, I. — Adlershof: Max Wobbe, Meyerstraße 4. — Copenick: Franz Weber, Cigarren-Handlung, Grünauerstr. 1. — Friedmann-Steglitz: G. Bernice, Rindstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Wobbe, Döppelstraße 8, und St. Schellhase, Albernstraße 10a. — Baumsculenbergweg: 8redb, Baumsculenbergweg 32, Hof links II. — Neu-Weissenau: Speidteur Heinrich Bachmann, Ledderstr. 1, part. links. Rummelsburg: Jörgbert, Weing Albersstr. 6a.  
Auch werden sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.  
Bitte ausschneiden!

**TRAMON**  
Kraftnahrung  
ersten Ranges  
(Eiweiss und Nahrungsalze der Milch)

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Tell. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.  
Meinen früheren werthen Kunden und Bekannten zur Kenntnis, daß ich meine alte Deklination detail & engros nach der

**Friedrichstr. 23**  
verlegt habe und bitte, mir Ihr Vertrauen auch fernwärts zu bewahren.  
**Otto Mosel,**  
Inhaber: H. Erb kam m.  
Zum Abschluss von  
**Einbruch- und Diebstahl-**  
versicherungen für die Kölnische Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft empfehlen sich die Vertreter derselben (siehe Berliner Adressbuch, Inse-  
rate, Seite 34), sowie die Feuer-Generalvertreter:  
Becker & Hahn, Taubenstr. 30, II.  
H. Jitschin, Lindenstr. 16/17, II.  
Dr. Steininger, Subdirektion, Kochstr. 53, I.  
27/13\*

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Mittwoch, den 1. August.**  
**Opernhaus.** Geschlossen.  
**Schauspielhaus.** Geschlossen.  
**Neues Opern-Theater (Stoll).** Geschlossen.  
**Deutsches.** Der Probekandidat. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leistung.** Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reizhaus.** Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Unsere Gaste. Anfang 8 Uhr.  
**Westen.** Die Hedermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Zar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Derin nach Ost. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Die Tochter Jerusalems. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weich.** Die Anna-Lise. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Selle.** Alliance. Der Stechbrief. Im Garten: Specialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Im Garten: Specialitäten-Vorstellung.  
**Metropol.** Specialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.  
**Apollo.** Specialitäten-Vorstellung. Beend auf Eden. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Panopticum.** Specialitäten-Vorstellung.  
**Urania.** Invalidentheater. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.  
**Zandstr.** 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

**Schiller-Theater**  
 (Wagner-Theater).  
**Morwitz-Oper.**  
 Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Populäre Vorstellung d. halb. Preisen zum letztenmal:  
**Zar und Zimmermann**  
 Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: **Gabriel Heinrich Bödel.**  
**Die weisse Dame.**  
 Freitag, abends 7 1/2 Uhr: **Sam erchenmal: Zampa** oder: **Die Karmorbraut.**

**Central-Theater**  
 Sensationeller Vacherfolg!!  
 Zum 111. Male:  
**Berlin nach Ost.**  
 Gr. Volk in glänzender Ausstattung. Anfang 8 Uhr.  
 Die sensationellen Schlager: **Eisenbahn-Quartett!** Cordula!  
**Aufzug der Parfums.**  
 Morgen und folgende Tage: **Berlin nach Ost.**

**Carl Weiss-Theater**  
 Gr. Frankfurterstr. 132.  
 Zum letztenmal: **Die Anna-Lise.**  
 Schauspiel in 5 Akten von O. Versch. Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: **Die Tochter Salais.**  
 Freitag: Zum 1. Male: **Die Boyer in China.** Hervorragende Bilder: **Die Palastrevolution in Beijing** und **Die vereinigte Flotte vor China.**  
 Im Garten: **Kinder-Freudensfest.**  
 Neues August-Programm. Auf 5 Uhr. Morgen: **Beneiz für d. Regisseur** K. Helting und B. Frey.

**Thalia-Theater.**  
 Deute:  
**Gabriel der Orientalischen Natursänger**  
**Die Tochter Jerusalems.**  
 Historisch orientalische Operette in 4 Aufzügen. Musik v. Ed. Wolffthal.  
 Donnerstag: **„Der Sternensohn“** (Bar Kochba).

**Apollo-Theater.**  
 Vollständig neues Specialitäten-Programm.  
**S Debuts.**  
 Zum 174. Male:  
**Venus auf Erden.**  
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Garten-Konzert 7 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

**Victoria-Brauerei.**  
 Lützowstr. 111/112.  
 Im Garten oder Saal  
 Täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
 (Führmann, Gort, Walbe.)  
 Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billet 3 Stuhl 1 Pf. Bond nur in der Woche gültig.  
 Sonntags und Donnerstags:  
**Tanzkränzchen.**

**Urania**  
 Taubenstrasse 48/49.  
 Im Theater abends 8 Uhr:  
 Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Tägl. Sternwarte.  
 Nachmittags 5-10 Uhr.

**Passage-Panopticum.**  
**Marokkaner**  
 (11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).  
 Vorstellungen um 12, 5, 7 und 9 Uhr.  
 Von 7 bis 10 1/2 Uhr:  
**Théâtre varié.**

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
 Non! Lebende Photographien:  
 Die Flottenparade in Kiel. Ausf. d. Panzergeschwaders nach China u. a. m.  
 Der arm- und beinlose **Hindu-Knabe.**  
 Die **Hindostannerin** mit dem Apfelsinenkopf.  
**Tiroler-Gesellschaft** „Almrausch“  
 Das Sensations-Tableau: Liebesdrama im Särensinger.

**Prater-Theater.**  
 Kastanien-Allee 7-9.  
 Täglich: **Lebenswellen.** Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Scholz. Musik von H. Bial. Ballett unter Leitung der Balletmeisterin Fr. Döring. Auftreten der **Graciosa-Ghazoune Mollly Verch.** d. **Gratissimo-Duettisten Gehr. Milardo.** **Tauma-Quartett.** **The Miltons.** **Turner** am dreifachen Red. **The Gladenbecks** **Präfiglabiatoren.** **The Herwoods.** **Reger-Graciosa.** **Rooberts Company.** **Schattenpantomime.** — **Konzert.**  
 Im Saal: **Balk.** — Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. **Rum. Wag 50 Pf. Kalbo.**

**Metropol-Theater.**  
 Täglich 9 Uhr 10 Min.:  
**Der Zauberer am Nil**  
 und das brillante **August-Specialitäten-Prgr.**  
 Anf. 8 Uhr. **Rauschen überall gestimmt.**

**Reichshallen.**  
 Täglich: **Stettiner-Sänger.**  
 Anfang:  
 Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

**Feldschlößchen**  
 Anf.: **Fritz Nagel.**  
**Müllerstraße Nr. 142.**  
 Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**  
 Entree frei.  
 Sonntag: **Gr. Extra-Vorstellung** und **Balk.** Entree 20 Pf.

**Puhlmanns**  
**Vaudeville-Theater.**  
 Schönhauser-Allee 148. Kastanien-Allee 97-99.  
 Täglich:  
**Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**  
**Künstler I. Raug.** — Im renovierten Saal: **Großer Balk.** — Anfang 8 Uhr.  
**Lehmann.**

**Wo amüsiert man sich grossartig?**  
 Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in **Schnegelsbergs Festsälen.** Anf.: **Max Schindler.** — Telefon: **Kant IV Nr. 1132.** — Seite: **Grosser Ball.**  
**Specialität: Cigarren-Regen,** verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen.  
 Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.  
 Empfehlung den geachteten **Verenigen, Vereinen, Familien** u. **meine Zäle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne)** zu **Veranstaltungen** und **Rechtlichkeiten** jeder Art. **51428\***

**Sanssouci**  
 Im prachtvollen **Natur-Garten** jeden Sonntag u. Donnerstag **humorist. Soiree der Norddeutschen Quartett-Sänger** **Gäms, Gahnbley, Nega** u. **Entree 30 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf.**  
 Nach der Soiree: **Tanzkränzchen.** **Tanz frei.**  
 Donnerstags haben **Bereinsbilletts** und **Ballpartys** **Gültigkeit.**

**Ostbahn-Park**  
**Hermann Imbs**  
 71 Räderdorfer Straße 71 am Rührer-Weg.  
 Täglich **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.**  
 Nur **erstklassige Nummern.**  
 Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 20 Pf.  
 Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachzahl. 10 Pf.  
**Hermann Imbs, Director.**

**W. Noacks Theater.**  
 Brunnenstraße 16.  
 Täglich im Garten: **Theater- u. Specialitäten-Vorstellung**  
**Novität!** **Novität!**  
**Berliner Sonntagstreiter**  
 oder:  
**Die lustigen Jokers.**  
 Operetten-Parodie mit Gesang und Tanz von **D. W. Rühel.** Musik von **Richard Thiele**  
 Im Saal: **Tanzkränzchen.**

**Für 30 Mark**  
 fertige hochfeine Anzüge und Paletots nach Maß, prima Stoff und guter Stoff.  
**Riesensstofflager** 51682\*  
**Krausenstr. 14, 1 (fein Baden.)**

**Parkeigenossen**  
 des Wahlkreises  
**Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.**  
 Sonntag, den 19. August, findet eine **Kreiskonferenz** statt. **Vokal und Tagesordnung** wird später bekannt gegeben.  
 Gleichzeitig wird auf den 3. des Organisations-Statuts des Kreises aufmerksam gemacht, wonach jeder Ort bis zu drei Delegierte entsenden kann jedoch müssen dieselben politisch organisiert, in öffentlichen Parteiveranstaltungen gewählt und mit Mandaten versehen sein.  
 Anträge, welche auf der Kreiskonferenz ihre Erledigung finden sollen, müssen bis **Freitag, den 10. August,** in Händen des Unterzeichneten sein.  
 Der Kreisortsausschussmann **W. L. E. L. C. B. E. H. E. D. I.,** Charlottenburg, **Wilmersdorferstr. 38 a.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Mittwoch, den 1. August, abends 8 1/4 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen.**  
 Für den **Osten und Nordosten:** bei **Mann,** **Strandbergstr. 3.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verhaltungsangelegenheit. 3. Verbandsangelegenheit und Verschiedenes.  
**Berlin Südost:** bei **C. Behrend,** **Mantensfeldstr. 95.**  
 am 1. August, abends 8 1/4 Uhr.  
 Tages-Ordnung: 1. Verhaltungsangelegenheiten. 2. Verschiedenes.  
 Hieran sind die Kollegen der **Verhalt. von Rütch,** **Fischerstr. 54,** **Bükel,** **Musauerstr. 28,** **Siebert,** **Rantensfeldstr. 22,** ein geladen.  
**Süden:** bei **Krieger,** **Wasserthorstraße 68.**  
 Eingeladen sind folgende Verhältnisse: **Ziehe,** **Schulstr. 9,** **Kahn,** **Simeonstr. 11,** **Schubert,** **Budowerstr. 6,** **Raimann,** **Reiterstr. 5,** **Wagner,** **Fürststr. 3,** **Frehn,** **Alte Jakobstr. 80,** **Wachsmann,** **Wasserthorstr. 61,** **Ruppert,** **Dresdenerstr. 88.**  
**Moabit:** im **Sokale** des **Herrn Jocksch,** **Turmstr. 84.**  
 Tages-Ordnung:  
 Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

**Wedding und Gesundbrunnen:** bei **Herrn Raabe,** **Rolbergerstr. 23.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Verhaltungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:** bei **Wernau,** **Schweberstr. 23.**  
 Tages-Ordnung:  
 Bericht der Verhalt.-Kontrollkommission. Verhaltungsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Drechsler.**  
 Mittwoch, den 1. August er., abends 8 1/4 Uhr, in folgenden Lokalen:  
**Osten:** bei **Matthes,** **Koppenstr. 41.** — Die Kollegen des **Herrn Berger,** **Rebuserstr. 5,** sind besonders eingeladen.  
**Norden:** bei **Neumann,** **Brunnenstr. 150.**  
**Süd-Osten, Westen und Süd-Westen:** bei **Wöhrling,** **Admiralstr. 18c.**  
 Tages-Ordnung wird in den Versammlungen bekannt gegeben. **Nicht jedes Vertrauensmännchen ist es, zu erscheinen.**  
 den 2. August, abends 8 1/4 Uhr, **Rosenthalerstr. 57,** **bei Schiller.**  
**Vertrauensmännerversammlung d. Stellmacher.**  
 Tages-Ordnung:  
 Wird die neunständige Arbeitszeit überall innegehalten?  
 Es ist Pflicht der Kollegen, aus jeder Verhalt. einen Vertreter zu entsenden.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Steindrucker und Berufsgeoffenen.**  
 Die für Mittwoch, den 1. August, angelegte Versammlung findet **Umsände halber Mittwoch, den 8. August, abends 8 1/4 Uhr,** in **Buskas Salon,** **Grenadierstr. 33,** statt.  
**C. Borisch.**

**Deutsche Konzerthallen**  
**Spandauer Brücke 3.**  
 Einzig in seiner Art.  
 Ohne jede Konkurrenz.  
 Wohlgehehene Familien-Unterhaltung.  
 Wochent. abends 8 Uhr freies Entree.  
**Massen-Konzerte.**  
 Italien. Kapellmester **Hande Rocca.**  
 Tyroler Alpenmäner **Michel Dopp.**  
 Rumänisches Orchester **Valer.**  
 Österreichische **Damenkapelle Gungard.**  
 Theater-Abteilung: **Abends 7 1/2 Uhr.**

**Englischer Garten**  
**Alexanderstraße 27 c.**  
 Saal für Sonnabende in den Monaten **Septbr., Oktbr., Novbr. 1900** nach frel.

**50000 Fahrräder**  
 in einer Saison unerschaffen, ist wohl möglich, wenn die **„Constantin“** tadell. Qualität mit weltberühmten Marken **„Vaterland“** und **„Constantin“** in Betracht ziehen.  
 Verlangen Sie daher gratis u. ohne Fracht **Kaupt-Catalog** u. 12 Radnummern und 20000 **Illustr. v. Zwicklith.** Die darin enthaltenen Preise sind **concurrentes.** Alle **Specialit. Fahrrad-alle Reparatur.** u. **Werkst. 1. d. Strecke** nur vornehmlich, in **unseren Maschinen, Werkstätten** **enorm billiger.** **Vertreter gesucht:** **Hans Heiler Voss,** **Hohenwestdt.,** **Fahrrad-Continent-Weltgesch.** — **Billigste** — **Einkaufshaus Deutschlands.**

**Alle Wanzen sterben**  
 nebst Brut durch meinen **Wanzen-tod.** **Fl. 0,50, 1 Mk. Schwaben, Flöhe, Fliegen** etc. werden durch mein **Pulver** vollständig vertilgt.  
 Schachtel 0,30, 0,60 u. 1 Mk. **Zahlreiche Anerkennungen.**  
**1000 Mark Belohnung** demjenigen, der mir einen **Nicht-erfolg** nachweist. **Nur allein bei** **Hugo Barth,** **Brunnenstrasse 18,** **Keke Veteranenstrasse.** **51538\***

**Natur-Heilverfahren.**  
**Gant, Horn u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit,** heilt sicher ohne Verunsicherung. **39780\***  
**R. Wagner,** (fr. **Waltke** 23.)  
 9-2, 5-9, **Sonntags 9-2.**

**Frauen-Vergrüßlichkeits der Schreiftgiebergehilfen zu Berlin**  
 Donnerstag, den 16. August, abends 6 Uhr, **Wilmersstr. 2,** **bei Zimmermann:**  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Halbjahresbericht. 2. Verschiedenes. **21836**  
 Der Vorstand: **J. A. R. Joff.**

**Hans Kayser**  
 Riefhotzstraße, **Flak 2**  
 (Wilmersdorfer Vorstadt).  
 Billigste Bezugsquelle für **Press- u. Steinkohlen.**

**Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben**  
 Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Reinfelder** u. werden unter **Garantie** des **guten Sines** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im **Taggeschäft** bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

**Sofastoff-Reste**  
 ausreichend zu Bezügen, in **Wollripps, Damast, Phantasie, Moquet** und **Plüsch,** sowie **Satteltaschen,** nur **gute Qualitäten,** bedeutend unter Preis.  
**J. Adler Teppichhaus,**  
**Königstr. 20,**  
 dicht am Rathaus. **4858L\***

**Schultze,**  
**Wasserthorstr. 1/2, 1.**  
 Behandlung aller **Haut-, Horn- u. Blasenleiden** ohne jegliche Verunsicherung. **39781\***  
 Sprechstunden **9-2 u. 5-9.**  
 Donnerstagsvormittag **keine** Sprechstunde.  
 Bei **Begehung** der **Verbandskarte** **10 Proq.**

**See-Terrasse**  
 Röderstr. 1-6, (zwischen Landsberger Allee (Steuerhaus) und Lichtenberg).  
 rüstes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See.  
 — Säle, Vereins- und Gesellschaftszimmer. —  
 Sonntag, den 29. Juli: **Grosses Konzert** der **amerik. Matrosen-Kapelle „Columbia“.**  
 Auftreten des unbesiegbaren **Preissringkämpfers W. Rüstow** in seinen staunenerregenden **Kraftproduktionen im Pferdezug mit Wasserfall.**  
**Grosser Ringkampf,** ausgeführt von dem unbesiegbaren **Herrn** **gekrönten Ringkämpfer Herrn Restaurateur Paul Ludwig.**  
 Die **Kaffeeküche** ist täglich von **2 Uhr** an geöffnet.  
**4 hochelegante Kegelbahnen.** — **Grosser Vergnügungspark.**  
**Grosser Tanz** im neuen **Bal champêtre** (auch jeden Montag u. Donnerstag).  
**Im Variété-Theater: Grosse Specialitäten-Vorstellung.**  
 Kasseneröffnung 2 Uhr. Entree 20 Pf., Kinder frei.

**C. C. H.**  
 an der  
**Spandauer Brücke**  
**4-5**  
 erste Etage.



### Die Bewegung der englischen Eisenbahner.

London, den 27. Juli 1900.

Es steht nun so aus, als würde der Zustand der Angestellten der Great Eastern Railway vermieden oder jedenfalls aufgehalten werden. Bei der großen Tragweite des Konflikts war es nur vorzuziehen, daß von dritter Seite Versuche gemacht werden würden, zwischen den Streitenden zu vermitteln. Das ist denn auch geschehen, und zwar auf der einen Seite vom Handelsminister Ritchie auf Grund des Gesetzes über die Schlichtung von Gewerbelonflikten, und auf der anderen Seite von der Redaktion der „Daily News“, der es bekanntlich schon wiederholt gelungen ist, bei größeren Gewerbelonflikten den Friedensengel zu spielen. Das Resultat all der Unterhandlungen ist zur Stunde, daß die Direktion sich bereit erklärt hat, Deputationen frei gewählter Delegierter ihrer Angestellten zu empfangen, vorausgesetzt daß

1. die Delegierten in Verhandlungen gewählt werden, zu denen Verbandsmitglieder und Richterverbändler in gleicher Weise Zutritt haben;
2. die Deputationen nach Berufsgruppen getrennt vortreten;
3. keines der Mitglieder der alten Deputation in die neue hineingewählt wird;
4. die Angestellten ihre Stündungsbriefe zurückhalten.

Die Direktion ihrerseits will davon absehen, den Deputationen von ihr ausgesuchte Vertreter zuzugewinnen, und macht sich anheißig, die Deputationen, die je 10 bis 20 Mann stark sein sollen, im Laufe der kommenden Woche zu empfangen.

Hr. Bell, der Generalsekretär des Eisenbahnerverbands, hat erklärt, auf diesen Bedingungen einzugehen, vorausgesetzt, daß sie die Zustimmung des Komitees der Great Eastern Angestellten selbst finden. Er wolle ihnen die Annahme empfehlen, aber die Bestimmung ruhe bei dem Komitee bzw. dessen Mandatgebern.

Eine auf vorgangenen Sonntagabend nach Strextford einberufene Versammlung der Angestellten sollte über diese Frage entscheiden.

Nach einer Zuschrift des Komitees an die heutige „Daily News“ ist man in den Kreisen der Angestellten noch ziemlich abgeneigt, die obigen Bedingungen in Aussicht zu nehmen. Und zwar ist es der Punkt 3 derselben, an dem allgemein Anstoß genommen wird. Sehr begründeterweise. Er legt den Beamten und Arbeitern in der Wahl der Männer ihres Vertrauens eine Beschränkung auf, die mehr bedeutet als bloß ein Pfaster auf das verlebte Selbstgefühl der Direktion. Er unterstellt, daß die Männer, die es ablehnen, die von der Direktion ausgesuchten Leute als Delegierte der Angestellten anzuerkennen, einen Akt der Widergesetzlichkeit begangen haben, der sie für die weitere Verhandlung moralisch ungeeignet macht. Wie eifersüchtig die Direktion über ihre Selbstherrlichkeit wacht, zeigt ein heute von ihr veröffentlichter Brief, worin sie der Redaktion der „Daily News“ beschriftet, irgend etwas vermittelt zu haben. Sie will in jedem Preis den Schein aufrecht erhalten, als habe sie nichts bewilligt, wozu sie nicht von vornherein bereit war, und als ob die jetzigen Bedingungen der Deputation einen andern Charakter gäben, wie den von ihr ursprünglich zugedachten. Unter diesen Umständen ist es verständlich genug, wenn das Komitee der Angestellten Bedenken trägt, auf die Bedingungen einzugehen. Die Redaktion der „Daily News“, die den ihr von der Direktion verabfolgten Führt mit der Bemerkung abschüttelt, wer zwischen Streitenden vermittele, müsse darauf gefaßt sein, von beiden Seiten Risse zu erhalten, rät, die Bedenken in den Wind zu schlagen und auf den Kompromiß einzugehen. Die Eisenbahner hätten so viel intelligente Leute unter sich, daß ihnen die Wahl neuer Delegierter nicht die geringste Schwierigkeit machen werde. Je verlässlicher sie sich in dieser Forderung zeigen, um so mehr werde ihnen dies in der Erledigung der substantiellen Punkte zu gute kommen.

Wenn dieser Brief im „Vorwärts“ erscheint, dürfte auch schon das Resultat der Sonntag-Versammlung vorliegen. Es erübrigt sich also, Mutmaßungen über dessen vorläufigen Charakter anzustellen. Die Stimmung der Angestellten hat der Ausgang des Votums über die Frage gezeigt, ob in Aussicht getreten werden solle oder nicht. Es ergab mehr als fünftausend Stimmen für, und kaum hundert Stimmen gegen den Ausfall.

Die übrigens auch die Entscheidung fallen mag, so hat die Öffentlichkeit allen Grund, sich mit der Haltung der Direktion ernsthaft zu befassen. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß in einem Unternehmen wie einer Eisenbahn Disziplin herrschen muß. Aber die Direktion kämpft nicht für Disziplin im Dienst, sie untergräbt sie durch ihr Verhalten. Sie spielt sich auf der einen Seite als der Anwalt der Interessen des Publikums auf, will aber andererseits den berufenen Vertretern dieser Interessen keine Stimme in der Verlegung des Konflikts einräumen. Sie hat das Anerbieten des Versöhnungsamts der Londoner Handelskammer auf Vermittlung, das die Eisenbahner ohne weiteres acceptiert hätten, rundweg abgelehnt und sie hat zu verstehen gegeben, daß sie dem Einigungsamt des Handelsministeriums dieselbe Antwort geben würde. Sie gebietet sich in dieser Hinsicht ähnlich wie seiner Zeit der Verband der Maschinenfabrikanten. Aber dem ist es nicht eingefallen, den Arbeitern die Bedingung aufzuerlegen, andre Vertreter zu ernennen als diejenigen, die den Krieg aufgenommen hatten. Er hat nicht einen Augenblick das Verhandeln mit der Gewerkschaft als der berufenen Vertreterin der Arbeiterinteressen abgelehnt. Und doch waren seine Mitglieder Privatunternehmer und nicht Richter eines öffentlichen Dienstes. Die Direktion der Great Eastern Eisenbahn beansprucht auf der einen Seite die Autorität eines absolutistischen Staatsunternehmens und auf der andern die Freiheit eines absoluten Privatunternehmens. Das sind Ansprüche, die so weit über alle Billigkeit hinausgehen, daß selbst Blätter wie die „Times“ aus ihrer Sympathie für die Sache der Angestellten kein Hehl machen. Im Interesse einer wirksamen Erledigung der prinzipiellen Seite des Kampfs ist es übrigens kein Schade, wenn durch die jetzigen Verhandlungen der etwa nötig werdende Ausstand über den Kaufvertrag hinausgeschoben wird. Das Publikum wird aber den die Sache nur um so ruhiger beurteilen. Im übrigen sei noch bemerkt, daß verschiedene der nordenglischen Eisenbahngesellschaften längst gelernt haben, sich mit dem Verband der Eisenbahner auf einen vernünftigen Fuß zu stellen.

### Tokales.

Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlins und der Umgebung zur Nachricht, daß am Sonntag, den 12. August, die nächste Lokalistische erscheint. Anmeldungen resp. Renaufnahmen sind bis spätestens den 7. August an die Unterzeichneten einzufenden und zwar für Berlin an Karl Scholz, Wangsfer 110. Für Niedersachsn an Paul Rette, Friedrichstraße, Lichterberger Pringens-Allee 20a. Für Ostpreußen an Herrn Quitt, Myrdorf, Gebrechtsstraße 82 IV. Für Potsdam-Ostpreußen an G. Rieger, Spandau, Kolkestr. 3. Für Ober-Sachsen an H. Salomon, Briesen a/O.

Nachdem die Listen für die Ergänzungswahlen der Delegierten des Gewerbegerichts zu Berlin nach Abgabe der erfolgten Anmeldungen zur Aufnahme in dieselben und unter Beachtung der für die Wahlberechtigten vorgeschriebenen Bedingungen aufgestellt sind, werden dieselben gemäß § 13 des Ortsstatuts während der Dauer einer Woche, und zwar vom 10. bis einschließlich 16. August dieses Jahres, an den Wochentagen von 5-8 Uhr abends, am Sonntag von 12-3 Uhr nachmittags, in den nachbenannten Räumen zur Einsicht öffentlich ausliegen. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sind während der Dauer der Auslegung derselben, also bis einschließlich den 16. August d. J., beim Magistrat zu erheben,

welcher darüber innerhalb zweier Wochen nach Ablauf der Einspruchsfrist endgültige Entscheidung trifft. Neue Anmeldungen zur Aufnahme in die Wählerlisten sind in der oben angegebenen Zeit nicht mehr zulässig. Die Auslegung der Listen erfolgt sowohl für die Arbeitgeber als Arbeitnehmer: 1. im Wahl-Bureau Poststr. 16, 11, vom Wahlbezirk 1 (Stadtbezirk 1-10); außerdem liegen daselbst sämtliche Original-Anmeldungen für die zur Wahl kommenden Bezirke aus; 2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindefschule, Tempelhofer-Ufer 2 vom Wahlbezirk 4 (Stadtbezirk 31-39 und 45-49), vom Wahlbezirk 7 (Stadtbezirk 54, 55, 57-63), vom Wahlbezirk 10 (Stadtbezirk 70-78); 3. in der Turnhalle der 62. Gemeindefschule, Schmitzstr. 88, vom Wahlbezirk 16 (Stadtbezirk 114-121), vom Wahlbezirk 19 (Stadtbezirk 138-142); 4. in der Turnhalle der 115./170. Gemeindefschule, Stalingerstraße 55/56, vom Wahlbezirk 13 (Stadtbezirk 95-104); 5. in der Turnhalle der 23. Gemeindefschule, Straußbergerstraße 9, vom Wahlbezirk 22 (Stadtbezirk 152 bis 156, 158-159), vom Wahlbezirk 25 (Stadtbezirk 161, 179-181), vom Wahlbezirk 28 (Stadtbezirk 182-189 und 196 bis 206); 6. in der Turnhalle der 8./63. Gemeindefschule, Gipsstr. 23a, vom Wahlbezirk 37 (Stadtbezirk 227 bis 228, 257-259 und 265-267); 7. in der Turnhalle der 15. Gemeindefschule, Kasanien-Allee 82, vom Wahlbezirk 31 (Stadtbezirk 218-225), vom Wahlbezirk 34 (Stadtbezirk 242, 247-248); 8. in der Turnhalle der 119./127. Gemeindefschule, Pantstr. 8, vom Wahlbezirk 40 (Stadtbezirk 273, 275-276, 278 und 305-306), vom Wahlbezirk 46 (Stadtbezirk 307-308 und 315-318); 9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefschule, Turmstr. 86, vom Wahlbezirk 43 (Stadtbezirk 290-292).

### Zur Jubelfeier der städtischen Volksbibliotheken.

Am 1. August sind es 50 Jahre, daß die Stadt Berlin ihre ersten Volksbibliotheken eröffnete. Die Anregung dazu ging von dem Geschichtsschreiber Hr. v. Naumer aus. Naumer hatte 1841 auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten gesehen, welchen Einfluß dort öffentliche Vorträge und öffentliche Bibliotheken auf die Fortbildung des Volks ausübten. Im Nachhinein für Berlin zu schaffen, gründete er zunächst 1842 den Verein für wissenschaftliche Vorträge. Die Einnahmen dieses Vereins, der ein Eintrittsgeld von 2 Thalern für den Winterkurs von 12 Vorträgen erhob, waren so bedeutend, daß Naumer schon 1846 vorschlagen konnte, der Stadt die Uebernahme zur Errichtung von Volksbibliotheken anzubieten. Die städtischen Behörden erklärten sich 1847 damit einverstanden, daß aus dem dem Verein zur Verfügung gestellten 4000 Thalern 4 öffentliche, unentgeltlich zu benutzende Bibliotheken errichtet würden. Die landesherrliche Genehmigung der Annahme des Geschehens ging dem Magistrat erst 1849 zu. Am 1. August 1850 konnten dann die ersten 4 Bibliotheken eröffnet werden. Sie befanden sich am Werderschen Markt (Friedrich-Werdersches Gymnasium) in der Heibelstraße, die damals Schlegelstraße hieß (Königstädtische Realschule), in der Georgenstraße (Dorotheenstädtische Realschule), in der Sebastianstraße (Luisenstädtische Realschule). Die Verwaltung wurde von einer Kommission aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadterordneten-Versammlung und des Vereins besorgt, die Verwaltungskosten sollte ein städtischer Zuschuß von zunächst jährlich 1000 Thalern decken. Der äußere Erfolg des Unternehmens war sofort günstig. Die Bibliotheken hatten schon nach wenigen Wochen 845, und bis zum Jahresabschluss 1519 Lesern, an die etwa 25 000 Bände verliehen wurden. 1851 ging die Zahl der Leser auf 2281 zurück, aber von 1852 an stieg sie ununterbrochen. 1855 wurden bereits von 2999 Lesern etwa 60 000 Bände entliehen. 1856 wurde, wieder mit Unterstützung des Kammerlichen Vereins, eine 5. Bibliothek in der Putzamerstraße und 1865 eine 6. in der Ruppinerstraße eröffnet. In dem letztgenannten Jahre stieg die Zahl der Leser auf 6554, die der entliehenen Bände auf 103 530. Bei der weiteren Vermehrung der Bibliotheken in den nächsten Jahren wurden besonders die äußeren Stadtteile berücksichtigt. Die 12. Bibliothek ließ Naumer aus eignen Mitteln errichten; sie wurde 1871 in Probit eröffnet. In demselben Jahre entliehen 11 015 Leser 213 006 Bände. Die Vermehrung der Bibliotheken stieg, ungefähr entsprechend ihrer Vermehrung, noch bis Mitte der 80er Jahre. 1885/86 wurden in damals 24 Bibliotheken 362 667 Bände an 16 065 Leser verliehen. Dann begann aber ein Rückgang. 1890/91 entliehen 14 721 Leser aus 26 Bibliotheken nur noch 339 242 Bände. Erst als den sachmännischen Beamten der Magistratsbibliothek ein entscheidender Einfluß auf die Volksbibliotheken eingeräumt, als an die Erneuerung des längst veralteten Bücherbestands gegangen wurde, trat wieder ein Aufschwung ein. Die Zahl der entliehenen Bände stieg bis 1898/99 in nur 27 Bibliotheken, deren letzte 1892 eröffnet wurde, auf 628 168; die Zahl der Leser wird nicht mehr geteilt. Durchschnittlich wurde jeder vorhandene Band 1590/91 3 mal, 1898/99 6 mal entliehen. Eine Erneuerung, die für die weitere Entwicklung des städtischen Volks-Bibliothekswesens von hervorragender Bedeutung war, brachte das Jahr 1896: Die Verbindung der Bibliotheken mit Lesehallen. Der Gedanke wurde schon 1892 durch den städtischen Bibliothekar Dr. Nachholz angeregt, fand aber nicht gleich die Zustimmung des Magistrats und kam dann erst vier Jahre später zur Ausführung. Die erste städtische Lesehalle wurde im Oktober 1896 in der Wahrenstraße, die zweite im April 1898 in der Rauenstraße, die dritte und vierte im Mai 1900 in der Wilms- und Glogauerstraße eröffnet. Eine fünfte und sechste sollen im Oktober 1900 in der Dunder- und Poststraße und vier andere bis 1902 in der Walt-, Strahmann-, Rigaerstraße und Stralauer Allee eröffnet werden.

Der Verein Berliner Journalisten ließ gestern durch seine drei Delegierten auf dem internationalen Kongress in Paris an Grabe Heinrich Heines einen prächtigen Kranz niederlegen, dessen lang herabwallende Atlasseidenbänder in den Farben der Stadt Berlin, schwarz-rot-weiß, gehalten waren. Auf dem schwarzen Band las man die Worte: Dem unsterblichen Dichtergenius. Das mittlere rote Band trug als Aufschrift Heines eigne Worte aus dem „Buch der Lieder“, nur mit der Aenderung des persönlichen Fürworts:

Du bist ein deutscher Dichter,  
bekannt im deutschen Land,  
kennst man die besten Namen,  
so wird auch der Deine genannt.

Das weiße Band endlich zeigte die Aufschrift: Gewidmet vom Verein Berliner Journalisten, Juli 1900.

Praktische Melanemittel. Wenn ist es nicht schon aufgefallen, daß unter den Hürnen, die für die Chinatruppen mit freigelegter Hand ihre Liebesgaben austreuen, vor allem solche genannt werden, die für Melanemittel überreichliche Auswendungen machen. Es gilt, das Geschäft den teuren im Chinatempel befangenen Mitbürgern durch einige Spenden für die Chinatruppen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Wäre es solchen Leuten darum zu thun, unheimlich den Truppen wirklich eine Erleichterung durch irgend eine Spende zuzunehmen zu lassen, so würde nicht peinlich darauf gesehen, daß auch mit den süßlichen Lobeserhebungen über den patriotischen Sinn des Herrn K. seine große That gebührend erwähnt wird.

Nun sucht auch die so sehr bei unsen Urrenten in Mißkredit geratene Pilsener Genossenschafts-Brauerei ihre Hürnen und Welt-politik-Begeisterung durch eine Liebesgabe an unsre Chinatruppen in hellstem Licht erscheinen zu lassen. Dem trotz aller Versicherung der Hürnenbegeisterung der braven Pilsener Brauerei steht das Pilsener Bier noch nicht im richtigen Kurs, die Stimmung ist flau. So sollen

dem 100 Kruten, a 50 Flaschen Pilsener Bier enthaltend, als Spende der Pilsener Genossenschafts-Brauerei unser Kaffinmännchen nach China begleiten. Auch uns erfreut die That geschäftslustigen Unternehmern und im Stillen wünschen wir, mögen die mit der schwereren Mission Beauftragten, noch ehe sie einen schicksaligen Bewohner des himmlischen Reiches zu Gesicht bekommen, zunächst an diesen gelben Boten, ohne Parolen zu geben, den Kadaver stillen. Währenddessen werden auch unsre Mitbewerber dem Pilsener Bier wieder Geschmack abgewinnen und dem Geschäft der Pilsener Spender die nötige Ehre erweisen. — Ende gut, alles gut!

Kirchlicher Ehrverleß. Ein Leser unseres Blattes sendet uns im Original folgenden Bauspruch eines ehrjamen Kirchenrats aus Weiskopf bei Ludau zu:

Gemeinde-Kirchenrat.  
Weiskopf, den 28. Juli 1900.  
An Herrn Köpfergeßellen B. S.

zu Grunig.  
Auf Beschluß des Gemeinde-Kirchenrats vom 22. d. M. ist Ihnen und Ihrer Frau wegen unrechtmäßiger Inanspruchnahme der Ehrenprädikate beim kirchlichen Aufgebot und der Kranztragung auf 2 Jahre vom Tage der Trauung ab, also bis zum 9. Februar 1902 das kirchliche Recht der Patenschaft entzogen worden.

Nichter.

Eine harte, aber erträgliche Strafe.

In der Kris-Krankenkasse der Drechler feiert heute der Rentant Rudolf Tischendorf sein 25jähriges Jubiläum. Tischendorf hat sich während seiner Amtsführung mit unermüdlichem Fleiß den Aufgaben des Versicherungswesens zum Nutzen der Masse und der Mitglieder gewidmet, so daß der 25jährige Jubilar bei allen Mitgliedern ehrende Anerkennung genießt.

Verichtigung. Die Memoiren des Fürsten Skrapotkin erscheinen im Verlag von Luz in Stuttgart, nicht im Verlag von Diez, wie der Druckfehlerentwurf in gestriger Nummer melden ließ.

Ein großes Diebstahl. Wie nachträglich bekannt wird, am Sonntag in der Georgenstraße in einem Keller ausgehoben worden. Dem Delateur H. Waller aus der Janderstr. 20 wurde, wie wir seiner Zeit mitteilten, am 7. Juli in der Roonstraße von seinem Wagen weg ein Ballen Tuch im Werte von 178 M. gestohlen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der Ballen auf den Namen eines Handelsmannes Windler aus dem königlichen Leihanter für 45 M. und der Pfandschein wieder für 5 M. in einer Pfandleihe in der Rosenhallerstraße verpfändet worden war. Auf den Namen des Windler aus der Linienstraße hatte das königliche Leihanter zu gleicher Zeit noch zwei Ballen erhalten. Es stellte sich heraus, daß der eine dem Konfektionsgeschäft von Casparius in der Jerusalemstraße, der andre dem Delateur Heese aus der Grünstraße gestohlen worden war. Auch in diesen Fällen waren die Pfandscheine wieder zu Geld gemacht worden. Die Pfandleiher sagten nun aus, daß sie die Sachen und die Scheine von einem älteren Mann in den vierziger Jahren und einem jungen von etwa 18 Jahren erhalten hätten. Auf diesen jungen Mann stieß die Kriminalpolizei vor vierzehn Tagen, als sie den 18jährigen Hausdiener Herzog bei einem Fahrrad-diebstahl festnahm. Die Beschreibung der Pfandleiher paßte genau auf Herzog. Da dieser bis vor sechs Wochen Hausdiener in einem Konfektionsgeschäft gewesen war und daher mit Tuchen etwas Bekanntschaft auch Lüders in seinem Keller, in dem sie zugleich ein Lager von gestohlenem Tuch und Fahrrädern entdeckte. Nicht weniger als drei Droschken brauchte man, um das Lager nach dem Polizeipräsidium zu schaffen. Lüders hat jetzt auch ein Geständnis abgelegt.

Ein Revolverheld scheint der Verwalter des Hauses Solbnerstraße 87, Racl. Zeise, zu sein. Wie uns berichtet wird, schoß der genannte Herr im Verlauf eines Wortwechsels auf einen im Hause wohnenden jungen Mann. Die Kugel drang in die Hand des Angegriffenen und mußte auf der Unfallstation entfernt werden. Der gewaltthätige Hausverwalter hat schon mehrfach Richter, mit denen er in Streit geriet, mit dem Revolver bedroht. Es wäre zu wünschen, daß der Mann sehr bald seinem Wirkungskreis enttrübt würde.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde am Montagabend um 7 Uhr der 58 Jahre alte Arbeiter Johann Stöckh aus der Kopenstr. 57. Der Mann holte für einen Maurermeister aus der Kaiserstr. 36 Rüstzeug von einem Neubau in der Warfstraße ab. Als ihm die Pferde durchgingen, stürzte er sich durch Abbringen in Sicherheit zu bringen, fiel aber hin, wurde überfahren und zog sich außer einem Beckenbruch schwere Verletzungen am Unterleib zu, der ihm fast aufgerissen wurde. Ein Ländcher Rettungswagen brachte den Verunglückten nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Mit mehreren Messerstichen in dem Kopf wurde am Montagabend um 10 Uhr der 28 Jahre alte Maler Johann Schmidt aus der Brüderstr. 36 von einer Unfallstation in ein Krankenhaus gebracht. Schmidt war seiner Angabe nach in einer Gastwirtschaft in der Reichenbergerstraße mit anderen Gästen in Streit geraten und dabei von einem seiner Gegner mit dem Messer überfallen worden. Räuferei konnte er nicht mitteilen, der er schwer betrunken war.

Beim Baden ertrank am Montagmittag der 18 Jahre alte Arbeiter Hermann Brehmer aus der Anklamerstraße 60. Der junge Mann, der nach dem Tode der Eltern seit einem Jahre mit zwei Schwestern zusammen wohnte und seit drei Wochen keine Arbeit hatte, ging vorgestern Mittag mit zwei Bekannten nach der Bode-Auflast am Hohenfurter Ufer. Er sprang vom Sprungbrett in das Schwimmbecken hinab und kam nicht wieder zum Vorschein. Rettungsveruche hatten keinen Erfolg. Als man nach etwa fünf Minuten den Unterergegangenen wiederfand, war er bereits tot. Wahrscheinlich hat ihn im Wasser der Schlag gerührt.

Feuerbericht. Pechkohlenbrände, die auf Selbstentzündung zurückzuführen sind, bilden jetzt eine wahre Plage für die Feuerwehrt, da sie meistens erst nach erfolgter zeitraubender Umkehrung der Kohlenstapel beseitigt werden können. Ein derartiger Brand konnte am Dienstag Urbanstr. 102 wegen starker Verqualmung des Kellers nur dadurch wirksam angegriffen werden, daß mit Nauchhelmen ausgedehnte Sappure mit Schlauchrohren vorgeführt wurden. Jedemfalls war aber die erste Ablösung nicht hinreichend gewesen, denn die Wehr wurde später noch einmal nach derselben Brandstelle gerufen. Bessere durch Selbstentzündung entstandene Kohlenbrände waren Untermwasserstr. 9a, Linienstr. 128 und auf dem Ostbahnhof abzulösen. Brennende Pelze verurachten in der Nacht zum Dienstag einen Alarm nach Klosterstr. 21. Durch Explosion einer Petroleumlampe waren zur selben Zeit Reichenbergerstr. 100 Möbel in Brand geraten, der aber von der Wehr schnell gelöscht wurde. Außerdem erfolgten Putzmannstr. 10 und Spandauerstr. 49 kleine Wohnungsbrände.

### Aus den Nachbarorten.

Abterhof. Der Diskutierabend des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins fällt am Donnerstag, den 2. August, aus.

Die Gewitter, die in der Nacht zum Montag in der Umgebung Berlins niedergingen und ganz besonders nördlich von der Reichs-

